Nr. 183 — Jahrgang 12 Einzelnummer 0,20 Zl. Freitag, den 12. August 1927

Volkswille

Anzeigenpreis: Für Anzeigen aus Polnisch-Schlesien je mm 0.12 Zloty für die achtgespaltene Zeile, außerhalb 0.14 Zlp. Anzeigen unter Text 0,50 Zlp. von außerhalb 0.60 Zlp. Bei Wiederholungen tarifliche Ermäßigung.

Zentralorgan der Deutschen Sozialistischen Arbeitspartei Polens

Abonnement: Vierzehntägig vom 1. bis 15. 8. cr. 1,65 Zl., durch die Post bezogen monatlich 4,00 Zl. Zu beziehen durch die Hauptgeschäftsstelle Kattowitz, Beatestraße 29, durch die Filiale Königshütte, Kronprinzenstraße 6, sowie durch die Kolporteure.

Redaktion und Geschäftsstelle: Kattowitz, Beatestraße 29. (ul. Kosciuszki 29). Postscheckkonto: P. K. O., Filiale Kattowitz, 300174. — Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Kattowitz: Nr. 2097; für die Redaktion: Nr. 2004

Botschafter Hoesch bei Briand

Der Stand der französisch-deutschen Verhandlungen — Bokanowskis Amerikareise verschoben

Paris. Die deutsche Botschaft veröffentlicht folgendes Kommunique:

Der deutsche Botschafter, Herr von Hoesch, der bekanntlich Dienstag nachmittag nach Paris zurückgekehrt ist, hatte Mittwoch früh eine längere Unterredung mit dem französischen Außenminister Herrn Briand. Zweck des Besuches war zunächst die Wiederaufnahme der durch lange Krankheit des Botschafters unterbrochenen persönlichen Aussprache zwischen ihm und dem Außenminister. Im Laufe der Unterredung kam dann eine ganze Reihe Deutschland und Frankreich interessierender Fragen zur Sprache, wobei besonders gegenwärtig schwebende Verhandlungen über den Abschluß eines deutsch-französischen provisorischen Handelsvertrages einen breiten Raum einnahmen.

*

Paris. Wie die Morgenblätter mitteilen, hat Handelsminister Bokanowski angesichts der immer noch schwebenden deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen nunmehr beschlossen, seine Abreise nach den Vereinigten Staaten um einige Tage hinauszuschieben. Das „Petit Journal" nimmt die Entscheidung des französischen Handelsministers zum Ausgangspunkt neuer Angriffe gegen die deutsche Taktik und meint, die Verhandlungen seien auf dem toten Punkt angelangt. Die deutschen Unterhändler seien der Ueberzeugung gewesen, daß Frankreich infolge der auf den heutigen Tag festgesetzten Abreise Bokanowskis um jeden Preis den Vertrag abschließen werde. Als gestern nachmittag Bokanowski den Aufschub seiner Reise bekanntgegeben habe, hätten die Deutschen eine Ueberraschung bekundet, die deutlich den Fehlschlag ihrer Manöver verraten habe. (?) Frankreich wolle verhandeln, werde aber nichts von seiner Würde opfern und nicht das Gleichgewicht seiner Wirtschaft über den Haufen werfen. Auch der „Matin" erklärt, die unvorhergesehene Verlängerung der Beratungen erwecke den Gedanken, daß der gute Wille nicht in gleicher Stärke bei beiden Parteien vorhanden sei. Der gute Wille der französischen Unterhändler sei nicht anzuzweifeln. Die deutschen Delegierten seien sicherlich geneigt, zu einer Einigung zu gelangen, sie würden aber durch ständige neue Forderungen der Berliner Stellen gehemmt. (!) Allerdings glaubt das Blatt zu erkennen, daß über die großen Prinzipienfragen eine Verständigung erzielt worden sei, und augenblicklich drehten sich die Verhandlungen nur um die Tarifierung gewisser Warenkategorien. Man sei der Meinung, daß das Abkommen gegen Ende der Woche zustande kommen werde und Handelsminister Bokanowski sich rechtzeitig nach Amerika einschiffen könne, um den versprochenen Besuch in den Vereinigten Staaten abzustatten. Der offiziöse „Petit Parisien" gibt der Anschauung Ausdruck, daß das Abkommen trotz ernster Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen höchstwahrscheinlich binnen kurzem zustande kommen werde.

Hinrichtungsvorbereitungen für Sacco u. Vanzetti

Eine Hinausschiebung doch noch möglich?

London. Wie aus Boston berichtet wird, sind für die ersten Morgenstunden des Donnerstag im Charlestown-Staatsgefängnis drei Hinrichtungen vorgesehen. Nämlich die Saccos und Vanzettis und eines jugendlichen Portugiesen namens Madeiros. Alle drei Verurteilten bewahren eine stoische Ruhe. Auch hat Sacco den Aluminiumbehälter geöffnet, in dem sich seine Nahrung befindet, seitdem er in den Hungerstreik getreten ist. Nach dem jetzt 23 Tage andauernden Streik ist Sacco sehr geschwächt. Er verbringt den größten Teil seiner Zeit auf seiner Pritsche, wechselt gelegentlich ein paar Worte mit Vanzetti, der sich in einer Zelle nebenan befindet, ohne daß sich beide sehen können. Vanzetti verbringt einen beträchtlichen Teil seiner Zeit mit dem Lesen philosophischer Werke und mit dem Schreiben von Briefen an seinen Vater und seine Verwandten in Italien. Beide sind den Gefängnispfarrern, dem evangelischen wie dem katholischen, friedlich gesonnen.

In einem Raum neben der Todeszelle ist der elektrische Stuhl gestern einer letzten Probe unterzogen und für die Hinrichtung bereitgestellt worden. Einladungen für die Hinrichtung sind ergangen an eine Reihe juristischer Zeugen, einschließlich des Gefängniswärters, Aerzte und einige Pressevertreter. Der Henker ist Robert Elliot, der für die Staatsgefängnisse Neuyork, Pensylvanien und Massachusetts zuständig ist. Er erhält 150 Dollar für jede Hinrichtung. Die Wohnung Elliots wird von der Polizei besonders bewacht und seine Abreise nach Boston ist geheim gehalten worden.

Der letzte Besuch

London. Der Rechtsanwalt Giglio stattete, wie aus Boston berichtet wird, Sacco und Vanzetti im Gefängnis einen Besuch ab, um ihre Unterschriften für einen letzten offiziellen Schritt zu erhalten. Giglio erklärte später, daß Vanzetti unterzeichnet habe, während Sacco die Unterzeichnung mit der Bemerkung ablehnte, daß er alle Hoffnung aufgegeben habe und davon überzeugt sei, daß er Donnerstag früh hingerichtet würde. Sacco war der Meinung, daß weitere juristische Anstrengungen fruchtlos sein würden.

Trotz der Einberufung des Exekutivstabes des Staates Massachusetts durch den Gouverneur Fuller zum Zwecke der Erwägung einer Begnadigung von Sacco und Vanzetti herrscht in Boston allgemein die Ansicht vor, daß die beiden Verurteilten heute kurz nach Mitternacht hingerichtet werden. Das Gefängnis in Boston wird von der Polizei stark bewacht und an verschiedenen Stellen sind Scheinwerfer aufgestellt und auf den Mauern Maschinengewehre postiert worden, um eine Erstürmung des Gefängnisses zu verhindern. Die Bostoner Polizei hat in den letzten Tagen Dutzende von Kommunisten und Sozialisten, die aus allen Teilen des Landes zum Zwecke der Teilnahme an einer Demonstration vor dem Gefängnis in die Stadt gekommen sind, verhaftet.

Hinausschiebung der Hinrichtung Saccos und Vanzettis?

Berlin. Wie das „8-Uhr-Abendblatt" aus Boston meldet, besteht die Möglichkeit, daß Gouverneur Fuller vielleicht doch noch in letzter Stunde die Hinrichtung von Sacco und Vanzetti verhindern wird, um dem Verteidigungskomitee die Möglichkeit zu geben, alles zu versuchen, eine neue Verhandlung herbeizuführen. Man erwartet, daß Gouverneur Fuller in der heutigen Sitzung des Staatsrates von Massachusetts einen Antrag auf Aufschub der Hinrichtung einbringen wird. Die Genehmigung dieses Antrages würde eine Verschiebung der Hinrichtung von mindestens 30 Tagen ermöglichen.

Die Berliner Presse zum Verfassungstag

Berlin. Die Berliner Presse widmet dem Verfassungstag teilweise an leitender Stelle Artikel, die sich mit der Weimarer Verfassung und der Feier des Tages befassen.

Ein Artikel der „Germania" sieht den höchsten Sinn der Weimarer Verfassung darin, daß er die Möglichkeit zur neuen Volksordnung schaffe.

Das „Berliner Tageblatt" bedauert, daß der Verfassungstag bei seiner 8. Wiederkehr immer noch nicht gesetzlicher Feiertag sei.

Im „Vorwärts" sagt Hermann Müller-Franken, die werktätigen Massen müßten daran erinnert werden, welche Macht sie besäßen, wenn sie nur einig wären. Die deutschen Arbeiter würden um so freudiger ihre Arbeit leisten, wenn sie das Bewußtsein hätten, daß das neue Deutschland ihren Forderungen gerecht werde.

Einigkeit im Reichskabinett

Berlin. Wie der „Lokalanzeiger" über die Sitzung des Reichskabinetts ergänzend zu berichten weiß, war die Aussprache, die sich an den Vortrag des Außenministers anknüpfte, nur von verhältnismäßig kurzer Dauer. Von Eventualanträgen für die Haltung der deutschen Vertreter in Genf wurde Abstand genommen. Der Außenminister wird Berlin wahrscheinlich schon Donnerstag abend oder Freitag verlassen und sich nach Nordernen begeben, während Reichskanzler Dr. Marx seinen Urlaub in Garmisch voraussichtlich Ende der Woche fortsetzen wird. Nicht ausgeschlossen ist es, daß das Kabinett im Zusammenhang mit den deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen in den letzten Tagen dieser Woche noch einmal zu einer Besprechung zusammentritt. — Auch die „Tägliche Rundschau" stellt fest, daß der Reichsaußenminister mit freien Händen nach Genf gehe.

Pilsudski

Aus Warschau wird uns geschrieben:

Im Begriff, zu der Kalischer Legionärstagung zu fahren, erstand ich, als besonders geeignete Reiselektüre, jenes von Pilsudski verfaßte Buch unter dem Titel „Meine ersten Kämpfe", in dem der Marschall seine Erlebnisse zu Beginn des Weltkrieges als Begründer der Legionen schildert. Es ist ein überaus interessantes Buch und man sollte es, nicht nur als Reiselektüre, mit der Aufmerksamkeit lesen, die einem Werk einer bedeutenden Persönlichkeit zukommt und aus dem man nicht wenig Charakteristisches über den heute mächtigsten Mann in Polen lernen kann, der damals seine künftige Rolle wohl nur kaum vorausahnte. Aber hier soll nicht von dem Buch gesprochen werden, sondern von einem Porträt Pilsudskis, das auf der ersten Seite des Werkchens zu sehen ist und das so ganz von dem Aeußeren Pilsudskis abweicht, wie man es heute auf den Zeitungsillustrationen vor Augen bekommt. Ein bescheidener Mensch sitzt, man möchte fast sagen, in halbgebrochener Haltung, in merkbar unsicherer Pose auf einem Stuhl, die Hände, jene Hände, in denen sich heute die Staatszügel befinden, scheu aufeinandergelegt — und nur die Augen sind klug, undurchdringlich, aber von einer auffallenden Schüchternheit und verhaltener Unruhe. Dazu ein wilder, ungepflegter Haarwuchs, der zusammen mit der eben geschilderten Gestalt alles andere als Zeugnis von Selbstbewußtsein ablegt. So sah Pilsudski im Jahre 1915 aus.

Der Sächsische Platz, in Warschau im November 1926. Große Heeresschau der Warschauer Garnison mit Kanonen und fliegenden Fahnen. Davor, hoch zu Roß, jener mit Liebe in dem genannten Buch geschilderte „Kasztanka", Pilsudski, der Oberbefehlshaber nicht nur der Armee. Wie anders sieht er jetzt aus, wie stolz und unnahbar, wie neigt sich alles vor ihm, er dankt nur kurz und schweigt. Dies scheint das besondere Merkmal dieses so eigenartigen Menschen zu sein.

Auch das nächste Mal, als ich ihn von nächster Nähe betrachten konnte. Es war ein Empfang in den eleganten Sälen des Präsidiums des Ministerrats, zahlreiche Diplomaten waren geladen, die Regierung und fremde Gäste waren anwesend. Pilsudski wechselte einige Worte mit diesem und jenem, staunte mit fast kindlicher Freude einen Gesandten an, den er kaum erkannte, weil dieser seinen Schnurrbart nicht mehr trug, und beschränkte sich im übrigen darauf, Händedrucke, und auch die nur in beschränkter Zahl zu verteilen. Nur widerwillig ließ er sich noch mit einigen privilegierten Persönlichkeiten photographieren — um sich dann, schweigend wie immer, zurückzuziehen.

In Kalisch, endlich, sollte ich ihn sprechen hören. Der aufsichthabende Polizist am frischgestrichenen Rathaus sagte zwar: Herr Marschall ist krank, er wird sein Zimmer nicht verlassen, und schon im Saale selbst wußte man minutenlang nicht, ob er kommen wird. Doch er kam. In schlichtem, grauen Soldatenrock, ohne Ordensschmuck, ein ehemaliger Krieger so wie sie selbst, trat er vor seine ehemaligen Waffengenossen, von nicht endenwollendem Beifall begrüßt. Immer wieder erscholl der Ruf „Es lebe der Marschall", man konnte die Worte nicht mehr unterscheiden, ein einziger Jubelruf war es und eine einzigartige Huldigung vieler Hunderter Menschen für ihren grauen Führer. Halb belustigt, halb zufrieden über diese Ehre nickte Pilsudski mehrmals kurz mit dem Kopf und wartete im übrigen, als ob ihn das alles nur wenig anginge, auf den Schluß der Kundgebung. Dann begann er zu sprechen. Liest man jetzt seine Rede nach, so hat man den Eindruck, eine mehr oder weniger vorbereitete Vorlesung vor sich zu haben. Dort aber wirkte sie durchaus improvisiert, und nur von Zeit zu Zeit blickte Pilsudski in den Zettel mit den Stichworten, um dann jedesmal feststellen zu müssen, daß er sich von seinem Eifer weit ab vom Thema hat treiben lassen. So kehrte er vielmals zum Thema zurück und wiederholte die gleichen Redewendungen, die gleichen Gedankengänge. Von Zeit zu Zeit blickt er irgend jemand aus der Zuhörerschaft besonders scharf an, das eine Mal seine Frau, die frühere tapfere sozialistische Freiheitskämpferin, die mit gütigem Lächeln dasaß, das andere Mal den polnischen Professor Smieradzki aus Amerika, auch zu dem Pressetisch schweift sein Blick hie und da.

Was Pilsudski sagte, ist bekannt. Aber einzelne Worte und Sätze, interessant genug, um hier wiedergegeben zu werden, verschwieg der amtliche Bericht. Den Satz, daß „die fremden Agenturen Pilsudski und seine Leute beschmutzten und mit Fliegenschmeiß verdreckten und auch sonst den Eindruck zu erwecken suchten, daß Pilsudski und seine Leute ein wenig „meschuggene" gewesen seien." Ist das nicht ein köstliches Wort in dem Munde des ersten Mannes in Polen?

Pilsudski sprach auch über sich. Er sagte, die Gespräche mit Polen, diesen Leuten, die im Jahre 1918 auf ihn den Eindruck von Idioten gemacht haben, seien ihm völlig zuwider. Und er sagte ferner, er hätte selbst seinen Untergebenen zur Zeit, als er Naczelnik panstwa war, nicht trauen können: wie so oft sei sein Befehl in fremden Ländern früher gelesen und entsprechend paralysiert worden, bevor er an die Stelle, an die er gerichtet war, gelangte.

So im Jahre 1918. Damals hat Pilsudski gelernt, alle seine Pläne für sich zu behalten, selbst seine Vertrautesten nicht einzuweihen. Diese Lehre befolgt Pilsudski jetzt, da er wieder schalten und walten kann, so viel er will, nur allzusehr. Er kümmert sich wenig darum, ob diese Art zu regieren richtig ist oder nicht, ob man ihn angreift oder ungeschoren läßt, er schweigt nur immerfort — und so ist es schwer, diesen merkwürdigen Mann richtig einzuschätzen. Was er denkt und was er will, das weiß kein Mensch, und seine Handlungen sind während seiner bisherigen Regierungszeit durchaus nicht so gewesen, wie man sie von ihm, der durch die Gründung der polnischen Legionen die Frage der Unabhängigkeit des Staates um ein weites Stück vorwärtsgebracht hat, erwartet hätte. Th. L.

Rumänien sucht Anschluß in Rom

Rom. Die italienischen Blätter melden aus Bukarest, daß der rumänische Außenminister Titulescu und der rumänische Finanzminister Bratianu, die gestern von Bukarest abgereist sind, um in London und Paris die Verhandlungen wegen der rumänischen Anleihe fortzusetzen, auch Rom besuchen werden, um mit Mussolini eine persönliche Aussprache zu haben.

Nach denselben italienischen Meldungen soll Titulescu vor seiner Abreise erklärt haben, als rumänischer Delegierter auf der Septembertagung des Völkerbundes dem Antrag der ungarischen Optanten widersprechen zu müssen. Die rumänische Auffassung gehe dahin, daß diese Frage nicht vor den Völkerbund gehöre und daß Rumänien diesen Standpunkt unter Androhung des Austritts aufrecht erhalten werde.

Japan und die Einführung der Zollhoheit in China

Der japanische Gesandte Yoshizawa, der in den letzten beiden Tagen in Nanking weilte, hat mit Tschiangkaischek über die Einführung der Zollhoheit in Shanghai am 1. September verhandelt. Man kann sagen, daß sie einen Modus vivendi in dieser Frage gefunden haben. Falls die Nankinger Regierung gewisse Zugeständnisse hauptsächlich in der Besteuerung der chinesischen Baumwollspinnerei macht, sollen sich die Japaner zum Aufgeben ihrer Bedenken gegen die Einführung der Zollautonomie bereiterklärt haben. Yoshizawa begibt sich auf nächstem Wege nach Peking zurück, um dort bei den Beratungen des diplomatischen Korps über die Zollhoheitsfrage anwesend zu sein. Englischerseits will man sich, wie es heißt, der Entscheidung der übrigen Mächte in der Zollfrage anschließen.

Feng hilft Tschiangkaischek

Berlin. Wie die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ aus Peking berichtet, ist Fengyuhsiang an der Grenze zwischen Honan und Schantung den durch die Nordtruppen bedrängten Truppen Tschiangkaischeks durch einen Flankenstoß zu Hilfe gekommen. Feng dringt längs der Eisenbahnlinie Tschili—Pukau vor.

Amerikaner wollen in Polen Autostraßen bauen

Vor einigen Wochen berichteten wir über Bemühungen einer amerikanischen Baugesellschaft um die Konzessionserteilung zum Bau von gegen 10 000 Wohnungen in Warschau. Während noch in dieser Angelegenheit die Verhandlungen im Gange sind, hat sich wiederum eine amerikanische Wegebaugesellschaft an die polnische Regierung mit dem Vorschlage gewandt, Autostraßen für eine Strecke von 500 Kilometern zu erbauen. Die Verhandlungen hierüber führt polnischerseits das Ministerium für öffentliche Arbeiten, wobei als erste Bedingung die Anstellung von nur polnischen Arbeitern sowie die Verwendung von polnischem Material genannt wird. Es sollen vor allen Dingen Autostraßen Warschau—Lodz und Warschau—Radom erbaut werden.

Rache eines Kommunisten an dem Wojkow-Mörder

Nach einer Abendblättermeldung aus Warschau ist der Mörder des Sowjetgesandten Wojkow im Gefängnis von Graudenz, wo er seine Strafe verbüßt, während des Spazierganges im Hofe von einem Kommunisten mit einem Eisenstock schwer verletzt worden. Der Täter bezeichnet sein Vorgehen ausdrücklich als Vergeltung für den Gesandtenmord.

Die Verminderung der Rheinlandtruppen

Paris. An maßgebender französischer Stelle fühlt man sich über die Beratungen des Ministerrats, soweit die Herabsetzung der Rheinlandtruppen beraten wurde, im Zweifel, stellt dagegen in Aussicht, daß in nächster Zeit nähere Angaben erfolgen könnten. Man erklärt, daß die von der französischen Morgenpresse gebrachten Mitteilungen, die ganz in allgemeiner Form gehalten seien, das einzige seien, was zur Zeit bekanntgegeben werden kann. Die Veröffentlichung des „Matins“, derzufolge der Ministerrat über die Zahl der Truppen beraten habe, die noch im Rheinland verbleiben sollen, wird nicht dementiert, dagegen hervorgehoben, daß es sich um eine allgemeine Formel handelt, aber nicht um eine bestimmte Zahl, auf die der Ministerrat geeinigt habe.

Wie der Vertreter der Telegraphen-Union von anderer, nicht offizieller Seite hierzu erfährt, ist Briand im Ministerrat bei der Besprechung der Aufgaben der französischen Völkerbundsdelegation auch auf die Forderungen der Reichsregierung, auf Herabsetzung der Rheinlandtruppen zu sprechen gekommen und soll von sich aus eine Zahl in Vorschlag gebracht haben, die mit der vom Kriegsminister Painlevee gleichzeitig genannten nicht übereinstimmen. E. soll jedoch im Laufe der Aussprache dem Ministerrat gelungen sein, eine vorläufig in Aussicht zu nehmende Minimialziffer festzulegen, die die Möglichkeit bieten würde, in Verhandlungen mit der deutschen Reichsregierung deren Standpunkt mehr oder weniger entgegenzukommen. Die von der Presse verbreitete und auch im „Daily Telegraph“ heute wiedergegebene Ziffer von 5000 Mann, um die die Rheinlandtruppen herabgesetzt werden sollen, wird dagegen als unzutreffend bezeichnet.

Briand verteidigt den Völkerbund

Die Antwort an de Jouvenel.

Paris. In Beantwortung des Demissionsgesuches de Jouvenel hat der Außenminister Briand an den Senator bekanntlich ein längeres Schreiben gerichtet, das gestern vom Ministerrat gebilligt wurde. Darin gibt Briand seinem Erstaunen über die von diesem angeführten Gründe Ausdruck, wobei er darauf hinweist, daß die Haltung desselben bisher nicht den geringsten Zweifel über seine völlige Uebereinstimmung mit der französischen Völkerbundspolitik zugelassen habe. Briand wirft dann die Frage auf, ob es nützlich, berechtigt oder oportun sei, über den Willen der interessierten Parteien hinweg den Völkerbund mit deren Angelegenheiten zu betreuen. Es habe diese Vorteile jede internationale Schwierigkeit, die auf normalem diplomatischem Wege geregelt werden könne, außerhalb des Völkerbundes zu behandeln, bevor sie eine wirkliche Gefahr für den Frieden darstelle. Journalisten gegenüber ergänzte Briand seine in dem Brief zum Ausdruck gebrachte Auffassung noch dahin, daß der Völkerbund die ernstesten und heikelsten Fragen gelöst habe. Frankreichs Rolle im Völkerbund bestehe in der Verteidigung des Rechtes der kleinen Nationen. Zum Schluß erklärte Briand, daß der Völkerbund in seiner heutigen Gestalt ohne Zweifel nicht ohne Fehler sei. Er bilde aber den einzigen, gegenwärtig bestehenden Schutz gegen die Kriegsgefahren.

Vier mongolische Fürsten zum Tode verurteilt

Warschau. Wie aus Moskau gemeldet wird, wurden durch das Revolutions-Tribunal in Urga in Sibirien vier mongolische Fürsten zum Tode durch Erschießen verurteilt. Die Verurteilten werden der Anteilnahme an einer Aktion beschuldigt, die zum Anschluß der Mongolei an China führen sollte.

Verweis und Verwarnung für Trotzki und Sinowjew

Berlin. Wie die „B. Z.“ aus Moskau meldet, hat das Plenum des Zentralkomitees der kommunistischen Partei angesichts der Erklärung der Oppositionsvertreter, worin sie sich von einer Reihe ihrer Anschauungen lossagen, beschlossen, den Ausschlußantrag zurückzuziehen und Sinowjew und Trotzki nur einen strengen Verweis und eine Verwarnung zu erteilen.

Neue deutsche Schule in Lissabon

Lissabon. Am 11. August findet hier anläßlich der Verfassungsfeier die Grundsteinlegung für das neue deutsche Schulgebäude statt. Die Feier wird der deutsche Gesandte in Portugal, Dr. Voretzsch, leiten, der zum Schulbau eine persönliche Spende in Höhe von 40 000 Mark gegeben hat. Anschließend an die Grundsteinlegung wird die Verfassungsfeier im Gebäude der deutschen Gesandtschaft stattfinden, zu der die deutsche Kolonie Lissabons eingeladen ist.

Der dritte europäische Nationalitäten-Kongreß

Vom 22. bis 24. August wird in Genf der dritte europäische Nationalitätenkongreß abgehalten. An ihm werden über 35 verschiedene Minderheitsgruppen aus allen Teilen Europas, die zusammen eine Bevölkerung von über 40 Millionen Menschen umfassen, beteiligt sein. Sie zeigt die große Bedeutung des Kongresses. Es werden an ihm beteiligt sein die Dänen aus Deutschland, die Schweden aus Estland, die Katalonier aus Spanien, die Deutschen aus Dänemark, Estland, Ungarn, Italien, Südslawien, Litauen, Polen, Rumänien und der Tschechoslowakei, die Polen aus Deutschland, der Tschechoslowakei, Lettland, Litauen und Rumänien, die Ungarn aus Südslawien, der Tschechoslowakei und Rumänien, die Russen aus Polen, Estland und Lettland, die Juden aus Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, der Tschechoslowakei und Bulgarien, die Kroaten aus Oesterreich, die Lausitzer Wenden aus Deutschland, die Slowenen aus Italien und Oesterreich, die Tschechen aus Oesterreich und die Ukrainer aus Rumänien. Dazu kommen die Ukrainer, die Weißrussen und die Litauer Polens, die bisher eine Erweiterung des Kongreßprogrammes forderten, und mit denen die Verhandlungen noch schweben. Desgleichen die Rumänen Südslawiens und die Serben Rumäniens, die gleichfalls am Kongresse teilnehmen wollen. Die Tagung wird vom verdienstvollen Präsidenten der beiden bisherigen Nationalitätenkongresse, dem slowenischen Abgeordneten im italienischen Parlament, Dr. J. Wilfan, eröffnet werden und sich dann mit der Frage „Gefährdung des europäischen Friedens durch die nationale Unduldsamkeit“ befassen. Es soll sich hierbei um die Feststellung handeln, wie weit die nationale Unduldsamkeit die Beziehungen zwischen den Völkern selbst vergiftet und so zu einer der wesentlichsten Konfliktsursachen in Europa wird — eine Klärung, die sicherlich im gesamteuropäischen Interesse liegt.

Der französische Festungsbau beginnt

Berlin. Einer Meldung der Morgenblätter aus Paris zufolge, haben nach einer Mitteilung des französischen Kriegsministers Painleve in dieser Woche die bereits seit längerer Zeit angekündigten Arbeiten zum Ausbau des französischen Befestigungssystems an der deutschen Grenze begonnen. Der in Angriff genommene erste Abschnitt umfaßt die Instandsetzung und Verstärkung der Anlagen im Grenzabschnitt der Festung Metz.

Tagung der Bodensee-Internationale

Die für den 13. und 14. August nach Bregenz (Oesterreich) einberufene Tagung der Internationale der Arbeiterorganisationen der an den Bodensee grenzenden Staaten wurde vom christlichsozialen Landeshauptmann von Vorarlberg unter dem Vorwand der Erregung über die Wiener Ereignisse verboten. Der Vorstand der Bodensee-Internationale hat daraufhin beschlossen, die Tagung nach Arbon in der Schweiz zu verlegen. Das für den 14. August vorgesehene Programm bleibt vollständig aufrecht.

Die Bande des Schreckens

The Terrible People

von Edgar Wallace

18)

Der Wetter zeigte den Artikel einem Spezialisten, der äußerst erstaunt war. Er befragte den Schriftleiter und dann den Verfasser des Artikels, eine Frau. Sie wußte nur, daß ein Ausschnitt an sie gelangt war, der den Hauptpunkt des Artikels enthielt und den Bleistiftvermerk trug, hierüber einen Arikel zu schreiben. Der Satz von der umsichtigen Pflegerin war dick unterstrichen. Sie dachte, der Schriftleiter hätte ihr den Zeitungsausschnitt zugesandt. Das geschah einige Wochen, bevor Sir James erkrankte. Aber den Wetter befriedigte das nicht. Die Pflegerin hatte den Richter schon einmal gepflegt, als er an der Influenza darniederlag. Man würde sie sicherlich wieder holen. Der Artikel war für sie bestimmt. Als er den „Ausschnitt“ untersuchte, der den Artikel veranlaßte, erkannte er, daß es ein „Abzug“ auf gewöhnlichem Korrekturpapier war. Er verbrachte ferner vierzehn Tage damit, um die Ursache der Ansteckung herauszufinden. Er entdeckte sie in der Unterwäsche der Waschanstalt. Der Diener des Richters war ebenfalls angesteckt.

So lag der eine Fall. Die Staatsanwaltssache erregte viel größeres Aufsehen. Purley Crewe, Kings Counsel und Hauptanwalt des Schatzamts, war der Staatsanwalt in der Sheltonsache gewesen und hatte sämtliche Verteidigungsgründe des Mörders widerlegt. In der Woche, als Shelton gehängt wurde, nahm Crewe an einer Jagd teil. Er übernachtete in Norwich und verließ die Stadt um neun Uhr, um sich zum Treffpunkt zu begeben. Er war ein ausgezeichneter Wagenlenker, geneigt zum Schnellfahren, kannte aber jeden Yard der Straße. Da über den Niederungen ein dichter Nebel lag, hupte er andauernd, fuhr jedoch schneller als mit der Normageschwindigkeit. Auf den höher gelegenen Stellen war die Aussicht gut. In der Gegend liegt der Ort Eveleigh Hollow. — Hier fällt die Landstraße erst steil bergab und steigt dann wieder plötzlich an. Die Straße selbst ist vollkommen gerade. Von dem Gipfel des Hügels schaute er in einen undurchdringlichen Nebelkessel, der die Niederung verhüllte, und sah dann auf der anderen Seite die Straße aufsteigen. Er ließ die Hupe ertönen und fuhr den Berg in einem Fünfundfünfzigmeilentempo herunter. In der Niederung aber stand eine kleine Straßenwalze quer über der Straße. Der Chauffeur erlitt einen Beinbruch, doch Crewe starb noch in derselben Nacht im Norwich County-Hospital. Das Merkwürdigste an der Sache aber war, daß zehn Minuten vorher ein Bauer die Niederung durchschritten und die Dampfwalze gesehen hatte, die am Tage vorher zur Straßenausbesserung benutzt worden war. Zu dieser Zeit stand sie links von der Landstraße auf abschüssigem Boden, aber nicht unter Dampf, und die Steuerung war, nach Aussage des Mechanikers, abgestellt. Allein, als die Polizei nach dem Unglücksfall eine Untersuchung vornahm, war dies nicht mehr der Fall. Den Eindrücken der schweren Walze konnte man leicht folgen, aber trotz des weichen Bodens entdeckte man keine anderen Fußspuren als diejenigen, die die Stiefel des Arbeiters hinterlassen hatten. Das Gericht nahm Tod durch Unglücksfall an.

Die dritte Sache vom öffentlichen Standpunkt aus die sensationellste. Der Henker, der das Urteil an Shelton vollzogen hatte, war William Wallis, Hauptgehilfe des Staatshenkers. Für gewöhnlich beschäftigte er sich mit Schuhflickarbeiten. Er hatte einen kleinen Kellerladen außerhalb Oldhams und war ein Mann von nicht besonders hoher Geistesveranlagung, trank jedoch des öftern mehr, als für ihn gut war. Sonst war Wallis aber ein sehr achtbarer Bürger und ein Gewohnheitsmensch. Zweimal in der Woche besuchte er das Vergnügungsviertel der Stadt und wohnte mit seiner kränklichen Mutter zusammen. Als er am Weihnachtsabend nach dem Tode Sheltons von einem dieser Ausflüge heimkehrte, traf er auf dem Wege seinen Kumpan, den Maschinenarbeiter Herbert Starr, eine Autorität im Hunderennen, welchem Sport Wallis ebenfalls frönte. Sie kehrten in einem Wirtshaus ein und tranken dort noch einige Glas, bevor sie den Rückweg wieder aufnahmen. Es schneite heftig, und sie mußten noch über eine Meile gehen. Früh am nächsten Morgen ritt der Wachtmeister Bently von der Lancashire Landpolizei auf der einsamen, kurzen Landstraße, die von Oldham nach dem Dorfe führt, wo Wallis und sein Freund wohnten. Er kam gerade an einem Grundstück vorüber, als er zwei Schneehaufen von einer merkwürdigen Form gewahrte. Er stieg vom Pferde, untersuchte den Schnee und fand erst Starr und dann den Henker. Beide waren tot. Eine halbvolle Whiskyflasche lag zwischen ihnen, und man nahm an, daß sie in angetrunkenem Zustande vom Schnee überrascht worden waren. Der Whisky wurde chemisch untersucht — man fand reinen Whisky, keine Spur von Gift. Das Gericht sprach das Urteil: „Tod durch Unfall.“

Der Wetter war sechs Stunden nach der Auffindung zur Stelle. Drei Tatsachen wurden bekannt. Die erste war, daß sie die Flasche Whisky nicht im Wirtshaus gekauft hatten, wo sie einkehrten, noch hatten sie sie zu jener Zeit bei sich, denn Wallis hatte von dem Wirt eine Flasche verlangt, der jedoch, da er ihn kannte und da er ihre Trunkenheit bemerkte, die Herausgabe verweigerte. Als zweite Tatsache ergab sich, daß die Flasche an der Stelle des Leichenfundes geöffnet worden war, aber keiner der Männer hatte einen Korkzieher. Die dritte Tatsache stellte sich erst einige Zeit später heraus. Ein Schuhmacher, der das Handwerkzeug des Wallis kaufte, stach sich mit einer Ahle in den Finger und erkrankte an Tetanus. Der Wetter beschlagnahmte das Handwerkzeug und ließ es untersuchen. Fast jedes Stück war vergiftet.

Er selbst entrann zweimal dem Tode. Einmal im Operationsstuhle beim Zahnarzt und das andere Mal beim Zusammentreffen mit einer Bande, die die Rennplätze besucht. Wer hatte den Gasbehälter mit einem anderen vertauscht, der dem richtigen vollständig glich, und hatte ihn mit den tödlichsten Gasen gefüllt? Und woher wußte die Bande des Schreckens, daß der Zahnarzt an jenem Morgen das Gas beim ersten Patienten brauchte? Die chemische Fabrik, die das Gas herstellte, stand vor einem Rätsel. Der Zahnarzt gab zur Erklärung an, daß der Behälter, den er eigentlich benutzen wollte, sich während der Nacht auf unerklärliche Weise entleert hatte, der für unvorhergesehene Fälle da war

Wer teilte der Rennbahnbande, die ihm in Paddington auflauerte, mit, daß gerade er Tillini, den vielsprachigen Führer, hinter Schloß und Riegel gesetzt hatte? Sie selbst wußten es nicht — sie sagten nur, eine Botschaft wäre von Tillini aus dem Gefängnis gekommen, man sollte Long „greifen“. Der Ueberfall endete sehr schnell und für ein Mitglied der Bande sehr unangenehm, denn der Wetter hatte einen gefährlichen linken Haken, dem er noch durch einen Schlagring Nachdruck verlieh.

Die Außenwelt wußte nichts von all diesen Vorfällen. Der Tod des Richters bedeutete ihr nichts weiter als ein natürliches Ereignis, der Tod des berühmten Anwalts war einer jener bedauernswerten Unfälle, wie sie fast jeden Tag vorkommen. Der Tod des Wallis verursachte etwas Erregung, aber niemand erblickte in ihm einen Racheakt. (Forts. folgt.)

Polnisch-Schlesien

Die Ch. D. sprengt den Flüchtlingsverband

Der Flüchtlingsverband in Ost-Oberschlesien stand noch vor zwei Jahren lediglich unter dem Einflusse der hiesigen Ch. D. Als aber die Mißwirtschaft des alten Vorstandes, mit dem Ch. D.-Pfarrer und Sejmabgeordneten Matheja an der Spitze, in die Oeffentlichkeit kam, wurde kehrt gemacht und eine neue politische Richtung eingeschlagen. Ein neuer Vorstand wurde gewählt und der Verband ist voll und ganz in das Fahrwasser der „Sanacja moralna" geraten. So ist es bis in die letzte Zeit geblieben. Anfang Juli tauchte plötzlich das Gerücht auf, daß in dem Flüchtlingsverbande grundsätzliche Veränderungen bevorstehen. Kurz danach brachte die „Polska Zachodnia" die Meldung, daß der Obmann des Flüchtlingsverbandes, Herr Jonza, und der Sekretär des Verbandes, Herr Gralla, von ihren Aemtern enthoben wurden. Als Grund zu der Enthebung wurde die persönliche Reibung zwischen den Vorstandsmitgliedern angegeben. Der Schoppinitzer Gastwirt Kupilas, der bekanntlich mit Herrn Korfanty auf einem Kriegsfuß steht, wurde nach der Vertreibung des alten Vorstandes mit der Leitung des Flüchtlingsverbandes vertraut, der auch den außerordentlichen Verbandstag einberufen soll. Seit der Bestellung des Herrn Kupilas zum Leiter des Verbandes entwickeln sich die Dinge im Eiltempo weiter. Das populärste Mitglied im Flüchtlingsverbande und in dem Aufständischenverbande, Pfarrer Brandys, hat sein Amt im Ueberwachungsausschuß, das er in beiden Verbänden ausübte, demonstrativ niedergelegt. In dem Begleitschreiben sagt Pfarrer Brandys, daß er sich von niemanden eine ihm ungenehme Gesinnung wird aufdringen lassen und hält die Leitung des Flüchtlingsverbandes nicht für fähig, für die Mitglieder etwas zu erwirken. Am 28. Juli fand in Kattowitz unter Leitung des ehemaligen Verbandssekretärs Gralla eine Konferenz der Filialleiter statt, die den Beschluß faßte, sich von dem Kupilasschen Verbande freizumachen und einen eigenen Verband aufzumachen, der weniger auf die Regierungsstützung bedacht sein wird, sondern lediglich die Interessen der Mitglieder im Auge behält. Ein neuer Vorstand mit Herrn Gralla an der Spitze wurde gewählt. Nachdem aber das Büro des Flüchtlingsverbandes sich neben den Büroräumen des Aufständischenverbandes in der ulica Plebiszitowa befindet, ist es dem Pressereferenten Przybila mit Hilfe der Aufständischen gelungen, dasselbe für die Kupilassche Richtung zu retten. Herr Gralla wurde ganz einfach aus dem Büro verdrängt, was aber die Gründung des neuen Flüchtlingsverbandes nicht mehr verhindern konnte. Eben so wenig wird daran die Kupilasche Konferenz, die für den 21. August angesetzt ist, und seine Drohungen mit Ausschluß aus dem Verbande etwas ändern können, obwohl Herr Kupilas durch besondere Zirkulare an die Ortsgruppen den Flüchtlingen viel verspricht. Er gibt bekannt, daß der von ihm einberufene Verbandstag, an dem die maßgebenden Vertreter der Wojewodschaft teilnehmen werden, sich eingehend mit der Entschädigungsfrage befassen wird. Das zieht nicht mehr. Die Flüchtlinge wollen Geld sehen und die Sanacja moralna war nicht in der Lage, ihre Wünsche, die nur teilweise berechtigt sind, zu erfüllen. Herr Korfanty scheint die Situation geschickt ausgenützt zu haben, indem er den Flüchtlingen stets vorhielt, daß ihre „berechtigten" Wünsche von der Sanacja moralna ignoriert werden. Warum sollte er das als Oppositionspolitiker nicht tun? — — Die Sanacja moralna hat ihm seinen Verband der ehemaligen Aufständischen und Soldaten gesprengt. Gegenwärtig ist sie eben daran, den vorzüglich ausgebauten Verband der polnischen Mütter zu sprengen, welche Arbeit bereits sichtbare Erfolge zeitigt. Nun hat auch Herr Korfanty der Sanacja moralna einen Schabernack gespielt und ihr den Flüchtlingsverband, der angeblich 30 000 Personen umfaßt, gesprengt, indem er dortselbst seinen Einfluß zur Geltung brachte. Bis auf die echten Powstancy bestehen bereits fast alle polnischen Organisationen aus einer Prawica und einer Lewica, was auch dem Flüchtlingsverbande nicht erspart wurde.

Arbeitgebertaktik bei Neuanlegungen

Aus Arbeitslosenkreisen wird uns geschrieben:

Unsere Arbeitgeber verstehen es bei der heutigen Arbeitslosigkeit, bei Neuanlegungen von Arbeitern für sich die besten und gefügigsten Arbeitskräfte zu wählen. Die Arbeitsnachweise und Betriebsräte spielen bei Anlegungen eine nebensächliche Rolle. Meistenteils werden nur die besten und gefügigsten „Günstlinge", welche dem Arbeitgeber bekannt sind, bevorzugt, und welche ständig händeflehend um Arbeit bitten wie Sklaven. In den seltensten Fällen werden Arbeiter vom Arbeitslosenamt gefordert, dies aber nur dann, wenn es sich dabei um Hungerlöhne mit 3—4 Zloty bei 12stündiger Arbeitszeit handelt. Wehe heute einem Arbeiter, welcher wegen Wahrnehmung von Arbeiterinteressen oder seines persönlichen Arbeiterrechts entlassen wurde, für die gibt es heute überhaupt keine Beschäftigung mehr. Alle diese nicht gefügigen Arbeiter müssen heute vor Elend und der ungenügenden Arbeitslosenunterstützung umkommen, falls sie es nicht vorziehen, rechtzeitig auszuwandern. Daß die Arbeitsnachweisämter den Arbeitgebern nicht maßgebend sind, ist heute jedem Arbeitslosen, auch den Behörden bekannt. In den meisten Fällen spielen die patriotischen Vereinigungen eine große Vermittlerrolle bei den Neuanlegungen, um damit Mitgliederfang zu treiben, dem die Betriebsräte stillschweigend zusehen, ohne dagegen etwas zu unternehmen. Diese Vermittlungstaktik wird von vielen Arbeitslosen auf energische Weise bekämpft und verdammt, weil sie bei solchen Methoden niemals eine Arbeitsstelle erhalten können. Hier ist es Pflicht der Arbeitervertreter, dieses Vorzugsrecht mit allen Mitteln zu bekämpfen. Nach demokratischer Staatsauffassung muß es heißen: Gleiches Recht für alle!

Amerikanischer Besuch

Am Freitag treffen, aus Warschau kommend, in Kattowitz die amerikanischen Gäste ein. Sie weilen schon einige Zeit in Polen und haben einer Reihe von Städten ihren Besuch abgestattet. Es handelt sich um Polen aus den Vereinigten Staaten, deren Besuch besonders der Ehrung Pilsudskis gilt, dem sie einen goldenen Säbel überreichten. Nun werden sie auch die „uralte" polnische Erde „Oberschlesien" besuchen und hier bewundern, was deutscher Fleiß während Jahrhunderten geschaffen hat. Wollte man Oberschlesien gerecht werden, so müßte man die lieben Gäste in Oswiencim absetzen, sie über Sosnowice, Bendzin nach Kattowitz zum Empfang bringen, damit sie den Unterschied der Landeskultur in Augenschein nehmen könnten. Gewiß, an amerikanischen Verhältnissen gemessen, ist Oberschlesiens Industrie und Landesentwicklung bescheiden, an den Verhältnissen jenseits der Przemsa indessen bedeutend. Wir Oberschlesier brauchen uns selbst gegenüber den Amerikanern unserer Heimat nicht zu schämen. Es ist ein Stück Arbeit des oberschlesischen Proletariats, das hier den Gästen gezeigt wird. Und darum grüßen auch wir die amerikanischen Gäste und wünschen fröhliche Tage. X. Y. Z.

Weit haben wirs gebracht ...

Das Elend unter den Arbeitermassen in Schlesien ist so groß, daß der Nachwuchs des schlesischen Volkes gefährdet erscheint. Die Kinder der schlesischen Arbeiter sind halb verhungert, wovon ein Brief von Frau A. Boboli, der Leiterin einer Anstalt in Gdingen, in der eine Partie der schlesischen Kinder zur Sommerfrische untergebracht wurde, das beste Zeugnis ablegt. Die Frau Boboli schreibt an einen Schulleiter über die schlesischen Kinder folgendes: „Hier ist eine Partie Kinder von Arbeitslosen aus Schlesien angekommen, die schrecklich verelend, verarmt und ausgehungert sind. Die erste Woche waren die Kinder fortwährend krank, weil der Magen eine normalfette Kost nicht vertragen konnte. Die Kinder sind ohne jede Kopfbedeckung, ohne Ueberwurf, schlecht und leicht gekleidet und meistens barfuß angekommen. Der Anblick war schrecklich."

So schreibt Frau Boboli über Kinder aus der schlesischen Wojewodschaft, die zweifellos die reichste Wojewodschaft in Polen ist, weil sie durchschnittlich 15 Prozent aller Staatssteuern zahlt, obwohl sie in jeder Hinsicht die kleinste Wojewodschaft in Polen ist. Selbst die „Polonia" schämt sich des Arbeiterelends und macht dem Roten Kreuz, das die Kinder nach Gdingen geschickt hat, Vorwürfe, warum es diese armen Kinder in solchem verwahrlosten Zustande hinausgeschickt hat. Die „Polonia" irrt, wenn sie meint, daß mit ein paar Kinderanzügen unser Elend zugedeckt werden kann. Daheim ist das Elend so groß, daß ganz andere Mittel angewendet werden müssen, die das schlesische Volk aus dem Elend erretten werden! Die Löhne müssen erhöht werden und die Steuergelder nicht nach Warschau ausgeführt, sondern für Investitionen in Schlesien verwendet werden.

Die polnische Sozialgesetzgebung

Das Kranken-, Invaliditäts- und Hinterbliebenen-Versicherungsgesetz.

III.

2. Teil.

Die Versicherungsträger für die

Invaliditäts- und Hinterbliebenen-Versicherung

sind die Sozialversicherungsanstalten. Diese Anstalten sollen in territorialer Hinsicht ein oder mehrere Wojewodschaften umfassen. Hauptaufgabe dieser Anstalten soll sein: Die Gewährung von Renten, Leistungen im Falle eines Unfalles, Heilverfahren, Einrichtung und Unterhaltung von Apotheken, Krankenhäusern, Sanatorien, Genesungsheimen usw. Die Organe sind der Rat, der Vorstand, die Revisionskommission und die Rentenkommission. Der Rat setzt sich aus zwei Drittel Arbeitnehmern und ein Drittel Arbeitgebern zusammen, desgl. der Vorstand, der aber aus ein Viertel aus Ernennung hervorgeht und aus 12 Mitgliedern besteht. Die Revisionskommission besteht aus 4 Mitgliedern, die Rentenkommission aus 5 Mitgliedern. Den Rat wählt die sogenannte Wahlversammlung, die sich aus Delegierten der einzelnen Sozialversicherungskassen zusammensetzt. Die Wahl ist geheim und proportional. Zum Tätigkeitsbereich des Rates gehört u. a. die Wahl des Vorstandes und der verschiedenen Kommissionen. Die Wahlen erfolgen mit einfacher Stimmenmehrheit.

Der Versicherungspflicht zur Invaliditäts- und Hinterbliebenen-Versicherung unterliegen dieselben Personen, wie bei der Krankenversicherung, mit Ausnahme der Angestellten. Die Versicherung bezw. die Sozialversicherungs-Anstalten gewähren folgende Leistungen: Eine Rente im Falle der Verdienstunfähigkeit (Invalidität), Zuschläge zu dieser Rente, Witwen- oder Witwerrente, Waisenrente, Rente für die weitere Familie und ein einmaliges Sterbegeld.

Invaliden-Rente erhält der Versicherte, wenn er infolge eines körperlichen oder geistigen Gebrechens oder einer Krankheit nicht mehr in der Lage ist, ein Drittel dessen zu erwerben, was eine körperlich und geistig gesunde Person ähnlicher Ausbildung und Tätigkit verdient. Er muß aber mindestens 104 Beitragswochen in den letzten 5 Jahren zurückgelegt haben. Desgleichen erhält er eine Rente, wenn er ganz oder teilweise infolge eines Unfalles während der Beschäftigung verdienstunfähig geworden ist. Als Invalide gilt auch diejenige Person, die das 65. Lebensjahr vollendet hat. Als Unfälle während der Beschäftigung gelten alle Unfälle bei der Arbeit, bei Aufbewahrung, Reinigung und Ausbesserung von Arbeitsgeräten, und Unfälle auf dem Wege von und in die Arbeit. Berufskrankheiten sind Blei- und Quecksilbervergiftungen, Ansteckungen usw.

Die Invaliden-Rente beträgt 40 Prozent sämtlicher gesetzlichen Durchschnittsmonatszahlungen, die den Verdienstgruppen des Versicherten aus den letzten 104 Arbeitswochen vor der Entstehung der Invalidität entsprechen. Die Rente kann nicht niedriger als 30 Zloty sein. Die Invalidenrente im Falle eines Unfalles beträgt 80 Prozent der vorhin genannten Grundlage bei vollständiger Verdienstunfähigkeit, bei teilweiser Verdienstunfähigkeit einem entsprechenden prozentualen Teil der vorhergenannten Rente. Befindet sich der Rentenbezieher in einem solchen Zustand der Hilflosigkeit, daß er fremde Hilfe benötigt, so erhält er einen Rentenzuschlag in Höhe der Hälfte der bezogenen Rente. Außerdem erhält der Rentenbezieher für jedes Kind einen Zuschlag von ein Zehntel der Rente. Die Invalidenrente kann auf Antrag des Berechtigten kapitalisiert werden. Die Kapitalisierung erfolgt von Amts wegen, wenn bei Unfall die Verdienstunfähigkeit 20 Prozent nicht übersteigt.

Witwenrente erhält die Witwe, wenn der Mann im Zeitpunkt des Todes eine Rente bezog oder Invalide geworden wäre, und auf die Rente ein Recht erworben hätte, oder wenn der Mann infolge eines Berufsunfalles oder einer Berufskrankheit gestorben ist. Im ersteren Falle beträgt die Rente 50 Prozent der Rente, die der Verstorbene bezogen hat, oder auf die er ein Recht gehabt hätte, wenn der Tag des Todes als der Tag des Beginnes der Invalidität anzunehmen wäre. Im zweiten Falle gleichfalls 50 Prozent der Rente, die dem Verstorbenen zustehen würde, wenn der Unfall oder die Berufskrankheit einen hundertprozentigen Verlust der Verdienstunfähigkeit nach sich gezogen hätte.

Die Waisenrente erhalten die Kinder von verstorbenen Invaliden oder von solchen Versicherten, die zum Zeitpunkt des Todes einen Anspruch auf eine Rente gehabt hätten. Sie erhalten die Rente bis zum 18. Lebensjahr. Ueber dieses Alter hinaus kann die Rente unter bestimmten Bedingungen weiter gewährt werden. Denselben Anspruch haben auch uneheliche und adoptierte Kinder. Die Waisenrente beträgt ein Fünftel, bezw. ein Drittel für Vollwaisen der Rente des Verstorbenen. Alle Hinterbliebenen-Renten dürfen aber nicht höher sein, als die Rente des Versicherten. Auf diese Renten haben auch die Mitglieder der weiteren Familie Anspruch und zwar in aufsteigender Linie, also Eltern, Großvater sowie Enkel und Geschwister. Das Sterbegeld für verstorbene Versicherte beträgt einen gesetzlichen Monatslohn.

Die Versicherung kann auf Verlangen der Berechtigten an Stelle der Rente die Unterbringung in Invaliden-, Alters- oder Waisenanstalten gewähren, bei teilweisen oder ganzem Abzug der Rente.

Unter verschiedenen Bedingungen gewährt die Versicherung den Versicherten ein Heilverfahren. Dies soll vor allem den Zweck haben, einer drohenden Verdienstunfähigkeit vorzubeugen.

Das Projekt enthält noch Vorschriften, wann die Zahlung der einzelnen Renten beginnt, wann das Recht des Bezuges erlischt oder unterbrochen wird, bezw. entzogen werden kann. Dann Bestimmungen bezüglich des Verfahrens bei Unfallmeldungen, Anspruchserhebung für alle Rentenarten, Form der Entscheidungen der Rentenkommission usw.

Eine der wichtigchen Bestimmungen sind die bezüglich der Aufbringung der finanziellen Mittel, also der Beitragszahlung.

Die Beiträge betragen für den Fall der Krankenversicherung allein — also für Angestellte — 6 Prozent des gesetzlichen Wochenlohnes, für Versicherte, die gegen Krankheit, Invalidität und Hinterbliebenenversorgung versichert sind, 10.25 Prozent des gesetzlichen Wochenlohnes; für Versicherte gegen Krankheit, Invalidität und Tod infolge eines Unfalles bezw. einer Berufskrankheit 6.25 Prozent. Die Beiträge sind an die Sozialversicherungskassen (Krankenkassen) zu entrichten. Die Kassen haben den Teil der Beiträge an die Sozialversicherungsanstalt, der auf sie entfällt, abzuführen. Das auf die Unfall- und Berufskrankheitsversicherung entfallende Beitragsteil von 0.25 Prozent kann erhöht werden, sofern ein übernormales Risiko besteht. Die vorgenannte Höhe der Beiträge gilt nur für die ersten 10 Jahre. Alle weiteren 10 Jahre erfolgt eine Neufestsetzung der Beiträge auf Grund von versicherungstechnischen Untersuchungen.

Für die Abführung der Beiträge ist der Arbeitgeber verantwortlich. Er kann dem Arbeitnehmer zwei Fünftel des Betrages vom Lohn oder Gehalt in Abzug bringen, d. h. der Arbeitgeber bezahlt drei Fünftel, der Arbeitnehmer zwei Fünftel des Beitrages. Der Abzug des auf den Arbeitnehmer entfallenden Beitragsteiles darf nachträglich nur für den letzten Zeitraum, für den der Verdienst gezahlt wird, erfolgen.

Die Staatskasse muß den Sozialversicherungskassen außer dem unter dem Abschnitt „Krankenversicherung" zu erstattenden Betrag noch aus dem Titel „Invalidenrente" erstatten für jede Invalidenrente 10 Zloty, für jede Witwenrente 7.50 Zloty, für jede Waisen- bezw. Vollwaisenrente 3 bezw. 5 Zloty.

(Fortsetzung folgt.)

Der Marsch an die Oder

Zur Erinnerung an den dritten Aufstand in Oberschlesien wird mit Einwilligung der schlesischen Wojewodschaft und des Militärkommandos von dem Verband der ehemaligen Aufständischen ein Marsch an die Oder organisiert. Der Abmarsch beginnt am 14. August von der Dreikaiserecke in Myslowitz und geht über Myslowitz, Schoppinitz, Kattowitz, Königshütte, Bismarckhütte, Schwientochlowitz, Falvakolonie, Bykowina, Neudorf, Halemba, Paniowy, Bujakow, Orzesche, Gastwirtschaft zum weißen Adler, wo eine Rast abgehalten wird. An demselben Tage geht nach einer Ruhepause der Marsch bis nach Rybnik weiter, wo übernachtet werden wird. Den zweiten Tag beginnt um 4 Uhr früh der Weitermarsch bis an die Oder, wo die Olsa in die Oder mündet, zu der Gastwirtschaft Lassok. Die Tour beträgt 103 Kilometer. Zur Vorbereitung des Marsches wurde ein Marschkomitee und ein Organisationskomitee gebildet. In dem letzteren sitzen die Herren: Vizestarost von Kattowitz Dr. Galwas, der Plesser Starost Szalinski und der Vizestarost Dr. Riß, der Vizestarost aus Rybnik Dr. Olschewski, der Vizebürgermeister von Myslowitz Kudera, der Arzt Dr. Krajewski, der Bürgermeister aus Rybnik Weber, der Gemeindevorsteher aus Neudorf Wyglenda und zwei Hauptleute. Der Marsch an die Oder trägt keinen politischen Charakter. Die Hauptauszeichnung, die vom Wojewoden spendiert wird, erhält jene Ortsgruppe, die zuerst am Ziele anlangt. Gegen einen solchen Sportmarsch wäre grundsätzlich nichts einzuwenden. Unwillkürlich entsteht aber die Frage, warum gerade an die Oder und nicht an die Weichsel marschiert wird...? Was möchte man aber sagen, wenn von drüben der Stahlhelm oder eine andere derartige Organisation ebenfalls an die Oder heranrücken würde?

Ein Getreidespeicher in Myslowitz

Die polnische Regierung beabsichtigt in den Großstädten und den Industriezentren große Getreidemagazine zu errichten, um dortselbst Getreide aufzuspeichern. Damit soll vorgebeugt werden, daß im Frühjahr Getreidemangel eintritt u. zu teuren Preisen vom Auslande bezogen werden muß, was hohe Brotpreise verursacht. Für Ost-Oberschlesien soll ein derartiger Getreidespeicher in Myslowitz errichtet werden. Der Magistrat war dieserhalb bereits bei der schlesischen Wojewodschaft vorstellig gewesen und hat einen entsprechenden Bauplatz zur Verfügung gestellt. Allerdings ist das vorläufig nur ein Vorschlag, weil bis jetzt noch keine Mittel zum Bau eines Getreidespeichers bereitgestellt

wurden. Die Pläne werden jedoch verwirklicht werden müssen, weil die hohen Brotpreise die breiten Volksschichten bereits zur Verzweiflung treiben. Wird dieser Plan verwirklicht, dann wird die Stadt Myslowitz mit ihrer Zentraltargowica und dem künftigen Geteidespeicher die Approvisionierungs-Zentrale für Ostberschlesien bilden.

Kattowitz und Umgebung

Wichtig für die Militärpflichtigen. Für alle diejenigen militärpflichtigen Personen, welche bisher ihr Militärverhältnis noch nicht geregelt haben, findet am 25. August d. J. in Kattowitz eine Nachtrags-Musterung statt. Die in Frage kommenden Mannschaften haben sich an dem genannten Tage vormittags um 8 Uhr im Rathaus Kattowitz, ulica Pocztowa (Poststraße) einzufinden.

Die Kaufmannschaft protestiert. In Kattowitz dürfte fürwahr über einen Mangel an Verkaufsstellen und -ständen für Tabak-Monopolware kaum zu klagen sein. Nahezu an jeder Straßenecke nehmen Trafikinhaber täglich Aufstellung und der alte, eingesessene Kaufmann hat keinen leichten Stand, um sich gegen die immer mehr ausbreitende Konkurrenz zu behaupten. Hierbei ist noch zu erwähnen, daß in letzter Zeit eine ganze Anzahl Tabatwaren- und Monopolgeschäfte in Kattowitz errichtet worden sind. Trotz alledem wird beabsichtigt, in Kattowitz an die Errichtung einer Reihe Tabak-Kioske heranzugehen. Die Kaufmannschaft ist von diesem Plan keineswegs erbaut und wendet sich entrüstet an die maßgebenden Stellen, um diese Absicht nicht zur Wirklichkeit werden zu lassen. Soweit bisher zu erfahren war, erklärt sich der Magistrat im Interesse der Kaufmannschaft im Prinzip gegen die Errichtung weiterer Kioske, soweit es sich um das eigentliche Weichbild der Stadt handelt, in dem Läden in unmittelbarer Aufeinanderfolge vorhanden sind. Die Genehmigung kann gegebenenfalls nur in solchen Fällen erteilt werden, sofern es sich um die Errichtung von Tabak-Kiosken an entlegenen Stellen, und zwar an der äußeren Peripherie der Stadt handelt.

Erweiterung der Südparkbahn. Die Schlesische Kleinbahn-Aktiengesellschaft projektiert den Ausbau der Gleisanlage nach dem Südpark. Ein zweiter Schienenstrang soll auf dem Promenadenweg, und zwar von der ulica Polna (Feldstraße) bis zum Depot beim Südpark-Restaurant gelegt werden. Ein diesbezüglicher Antrag lag auf der letzten Magistratssitzung zur Beschlußfassung vor. Seitens des Magistrats wurde diesem Projekt zugestimmt. Die Kleinbahngesellschaft will nach erfolgter Gleislegung den Wagenverkehr in noch kürzeren Zeitabständen vor sich gehen lassen.

Straßenbauarbeiten. Die Befestigungsarbeiten auf dem 2. Abschnitt der ulica Warszawska, zwischen der ulica Francuska und ulica Damrota in Kattowitz, sind nunmehr fertiggestellt. Zur Zeit wird die eigentliche Pflasterung dieses Straßenteils vorgenommen, welcher zugleich mit Zement vergossen wird. Zwecks Vermeidung übermäßiger Geräusche wird der Teil vor dem Landratsamt mit Holzpflaster versehen. Im Laufe der kommenden Woche glaubt man diese Arbeiten beendigen zu können. — Auf dem 3. Abschnitt, und zwar ab Landratsamt bis zur früheren Grenzstraße, sollen die Pflasterungsarbeiten in Angriff genommen werden, sobald die notwendigen Gelder flüssig sind. Diese Arbeiten werden dem Vernehmen nach der Tiefbaufirma Leuschner übertragen, während die Pflasterung auf dem 2. Abschnitt von der Tiefbaufirma Schalscha vorgenommen wird.

Raubüberfall. Bei der Polizeidirektion in Kattowitz wurde die Marta Barberka, wohnhaft in Kattowitz, ulica Szopena, vorstellig, welche angab, am Montag in den späten Abendstunden auf der ulica Bytomska von einer unbekannten Person überfallen und so heftig ins Gesicht geschlagen worden zu sein, daß sie besinnungslos zu Boden stürzte. Inzwischen raubte ihr der Bandit einen Geldbetrag von 100 Zloty und flüchtete damit in unbekannter Richtung.

Früh übt sich . . . Am katholischen Friedhof in Kattowitz wurde im Monat Juli d. J. am hellichten Tage der 67jährigen Frau Elisabeth G. eine Handtasche mit einem kleinen Geldbetrag und einer silbernen Kette in einem unbeobachteten Moment entwendet. Der Dieb versuchte alsdann zu entkommen. Die Greisin war gerade dabei, daß Grab eines Verstorbenen zu schmücken und hatte die Tasche neben das Grab gelegt. Die Bestohlene bemerkte den Verlust ihrer Tasche noch rechtzeitig und machte andere Personen auf das Bürschlein aufmerksam, welches festgenommen und der Polizei übergeben wurde. Am gestrigen Mittwoch hatte sich nunmehr der etwa 17 Jahre alte Johann Hammerschmidt aus Kattowitz vor dem hiesigen Schöffengericht zu verantworten. Zu seiner Verteidigung führte der jugendliche Angeklagte aus, daß er schon nahezu zwei Jahre ohne jede Beschäftigung gewesen ist, sich in großer Notlage befand und zu diesem Schritt getrieben wurde. Unter Anwendung mildernder Umstände wurde der jugendliche Bursche zu nur 10 Tagen Arrest verurteilt, welche dieser durch die Untersuchungshaft abgebüßt hat.

Folgen des übermäßigen Genusses von Alkohol. In der Restauration Koza in Zawodzie wurde durch den Gesangverein „Ligon“ ein Vergnügen abgehalten. Von einzelnen Gästen wurde ein Zechgelage veranstaltet, welches wie üblich mit einer Schlägerei endete. Der dortselbst anwesende Polizeibeamte ließ den Saal schließen, um so größeres Unheil zu verhüten. Einigen Personen, welche tüchtig dem Schnaps zugesprochen hatten, mißfiel die Aufforderung des Beamten, weshalb die Krakeeler denselben angriffen und anpöbelten. Man riß dem Beamten das Sturmband herunter, zerrte denselben an der Uniform und wollte dessen Waffe ziehen. Es nahten zwei weitere Schutzleute heran, welche die Waffen angriffsbereit ziehen mußten, um die Leute nach der Wache abführen zu können. Einem Teil der rauflustigen Gesellschaft gelang es, zu verschwinden. Vor Gericht hatten sich vier junge Leute wegen Widerstand gegen die Polizeigewalt zu verantworten. Das Gericht berücksichtigte den Umstand, daß die Beklagten unter dem Einfluß von Alkohol gehandelt hatten und verurteilte die Angeklagten Konrad J. und Franz D. zu drei Wochen, Hermann Sch. und August S. dagegen zu je zwei Wochen Gefängnis.

Königshütte und Umgebung

Zu den Massenkündigungen auf der Gräfin-Lauragrube. Wie bereits berichtet, wurden auf dem Bahnschacht der Gräfin Lauragrube zum 15. August über 400 Mann Kündigungen zugestellt. Ob dieselben durchaus notwendig waren, bleibt dahingestellt, jedenfalls steht das eine fest, daß die Gräfin Lauragrube selten einmal so eine glänzende Konjunktur gerade in diesen Monaten gehabt hat, wie es dieses Jahr der Fall ist. Sämtliche Kohlenvorräte konnten abgetragen werden. Gleichzeitig brauchen keine Feierschichten eingelegt werden. Und dieses will in den Sommermonaten schon etwas heißen. Wie man da noch von jährlichen Millionendifferenzen sprechen kann, bleibt unverständlich. Aber man kalkuliert nicht schlecht, glaubt man trotz verringerter Belegschaft dieselbe Förderung herauszubringen, wie vordem. Naturgemäß wird dann der Gewinn vergrößert. Sei es dem, wie es wolle, wir stehen auf dem Standpunkt, daß eine so große Massenentlassung nach einigem guten Willen nicht hätte vorgenommen werden brauchen. Aber es ist ja nun einmal Sitte in unserer Industrie geworden, jeden „überflüssigen“ Arbeiter auf die Straße zu setzen, weil man die Gewißheit hat, ihn zu jeder Zeit zurückzubekommen. Ob das so für die Dauer sein wird? — Nachdem die Kündigungen nun einmal ausgesprochen wurden, wandte sich der Betriebsrat an den Demobilmachungskommissar in Kattowitz, um eventl. eine Zurückziehung der Kündigungen zu erreichen. In einer darauffolgenden Sitzung zwischen Demobilmachungskommissar, Verwaltung und Betriebsrat wurde nach längeren Beratungen der Beschluß der Entlassungen aufrecht erhalten, weil es die Wirtschaftlichkeit der Grube erfordert (?). Zwecks Vermeidung von Härten soll über 50 Mann noch verhandelt werden, während die Angelegenheit der 24 Schwerkriegsbeschädigten dem Schlichtungsausschutz zur Entscheidung übergeben wurde.

Um die Winterkartoffelversorgung. Aehnlich wie in der Königshütte, wurde auf der Gräfin-Lauragrube in einer Sitzung beschlossen, von der diesjährigen Kartoffelbelieferung durch die Kartoffelzentrale in Kattowitz Abstand zu nehmen. Den Belegschaften wird für die Monate Juli, August, September je eine Rate vom Lohn in Abzug gebracht, wozu die Verwaltung beim Eintreten der Kartoffeleindeckungszeit einen 50prozentigen Kartoffelvorschuß gewähren, der in drei Monatsraten in Abzug gebracht wird. Durchschnittlich werden pro Kopf in der Familie 4 Zentner berechnet. Den Belegschaften bieten sich durch diese Handhabung mancherlei Vorteile, indem einmal jeder Arbeiter bares Geld in die Hand bekommt und sich seine Kartoffeln dort einkaufen kann, wo es ihm beliebt, ferner werden auf diese Art sechs Ratenzahlungen möglich, während es früher vier waren, und in den kurzen Wintermonaten in Abzug gebracht wurden. Als Hauptvorteil kann jedoch das Lossagen von der Kartoffelzentrale gebucht werden, die noch heute allgemein als eine überflüssige Kriegseinrichtung betrachtet wird. Was noch hierbei besonders ins Gewicht fällt, ist, daß die Verwaltung und die Betriebsräte von den vielen berechtigten Beschwerden u. Klagen befreit werden.

Ein Fliegerzeichen. Zur Orientierung für Flieger wurde auf dem Dache der städtischen Markthalle ein großes „Krol. Huta“ in weißer Farbe aufgemalt. Die einzelnen Buchstaben weisen eine Länge von sieben Metern auf.

Gemeindevertretersitzung in Chorzow. Die gestrige Gemeindevertretersitzung, die im Zeichen der Ferien stand, wurde vom Bürgermeister Siwy um 5 Uhr eröffnet und geleitet. Anwesend waren 10 Gemeindevertreter und zwei Gemeindeschöffen. In der Sitzung, die eine kurze Dauer aufzuweisen hatte, wurde einem Gesuch der Parzellierungsgenossenschaft „Slask“, betreffend den Verkauf eines Gemeindegrundstückes von 5600 Quadratmetern an der ulica Powstancow für den Preis von einem Zloty pro Quadratmeter stattgegeben. Genannte Genossenschaft will noch in diesem Jahre acht Siedlungshäuser zu je 2 Stuben und Küche bauen. Der Gesamtpreis wird pro Häuschen 9000 Zloty, bei 500 Zloty Anzahlung und 35 Zloty monatlicher Tilgung betragen, nach 35 Jahren geht das Häuschen in den Besitz der Mieter über. — Einem Antrage des Landrats wurde Rechnung getragen, der um die Wahl einer Gesundheitskommission ersuchte. Es wurden in dieselbe gewählt: Dr. Lex, Pfarrer Szweinoch, Jokiel und Szczyrbowski. — Stattgegegeben wurde einem Antrage, den Verkaufspreis für die Ackerparzellen am Erzwege zu erhöhen. In einer der letzten Gemeindevertretersitzungen wurde der Beschluß gefaßt, für einen Quadratmeter einen Zloty zu verlangen. Der Preis wurde auf 6 Zloty erhöht. — In einer geheimen Sitzung wurde über die Vertreterkosten des 1. Schöffen beraten. — Am 15. August tritt Bürgermeister Siwy einen fünfwöchentlichen Sommerurlaub an. Seine Vertretung übernimmt der 1. Gemeindeschöffe Tomala.

Siemianowitz

Für die Militärpflichtigen. Denjenigen Militärpflichtigen, welche an die Starostei Gesuche zwecks Verminderung der Dienstzeit oder Befreiung vom Militärdienst einreichen wollen, wird zur Kenntnis gegeben, daß dieselben ohne Stempelmarken abgegeben werden können.

Der junge Retter. Am Nachmittag des 8. August verbrachten einige kleine Boys im Alter von 8—10 Jahren ihre Spielzeit in der Nähe des großen Hüttenteiches hinter der „Grobla“. Einer derselben begab sich in den Teich, wo er an einer tieferen Stelle im Wasser verschwand. Der hinzugekommene 13jährige Pilarski sprang ihm nach und es gelang ihm, noch zur rechten Zeit den mit Schlamm bedeckten Boy aus dem Wasser herauszuziehen.

Eine Warnung an Vermieter. Am letzten Mittwoch erschien in den Abendstunden eine unbekannte Dame bei der Frau Amalie Chrobok, Beuthenerstraße 24, zwecks Mietung eines möblierten Zimmers. Nach Erledigung dieser Angelegenheit zog sich die große Unbekannte in das ihr zugewiesene Zimmer zurück mit der Bitte, sie erst am kommenden Morgen um 8 Uhr zu wecken, da sie von den Reisestrapazen sehr ermüdet sei. Als am nächsten Tage um die bestimmte Stunde Frau Chrobok ihre Logisdame wecken wollte, mußte sie zu ihrem Schreck feststellen, daß dieselbe samt den im Zimmer gewesenen Sachen, wie Weißwäsche, Anzüge u. a. schon ausgeflogen war. Der Wert der gestohlenen Sachen beträgt mehrere hundert Zloty.

Die Arbeitslosen, welche ihre Unterstützung Montag erhalten, werden darauf aufmerksam gemacht, daß diese für Montag, den 15. August, schon am Sonnabend, den 13. d. Mts., des Feiertags wegen, ausgezahlt wird

Leicht verletzt. In dem für die Filmgesellschaft „Espefilm“ umgebauten Saale des Hüttengasthauses riß eine schwere Lampe ab und fiel von 14 Meter Höhe auf mehrere untenstehende Arbeiter herunter. Einer derselben wurde leicht verletzt. Daß dieser Vorfall noch so glimpflich verlief, ist wohl auf die Geistesgegenwart des Leiters zurückzuführen.

Unglücksfall. Sonntag, den 7. August, stürzte der Kranführer Grittner, welcher mit dem Schmieren des Kranes beschäftigt war, von dem oberen Seile des Montagekranes im Stahlwerk der Laurahütte auf die unten lagernden Eisenblöcke herab, wo er mit Verletzungen schwerer Natur liegen blieb. Der Krankenwagen des Werkes schaffte den Schwerverletzten ins Hüttenlazarett.

Messerstecherei. An einem Nachmittag verbrachten die Brüder Sp. mit noch anderen Personen ihre Zeit in der früher Reichmannschen Destille beim Kartenspiel. Der dort anwesende K. beteiligte sich gleichfalls als lautwerdender Kiebitz am Spiele. Deswegen kam es zwischen den Spielern und dem Kiebitz zu einer Auseinandersetzung, welche nach Verlassen der Destille auf der Straße fortgesetzt wurde. Als dieselbe ihren Höhepunkt erreicht hatte, stürzten sich die Brüder Sp. auf den K. Diesem gelang es jedoch, sich loszureißen und zu flüchten. Die Sp. verfolgten ihn und holten ihn auf der Dorfstraße ein. Dort kam es zu einer Schlägerei, in deren Verlauf der K. durch Messerstiche schwer verletzt wurde. Die am Tatort erschienene Polizei veranlaßte die Ueberführung des Verletzten nach dem Lazarett und verhaftete die Messerhelden.

Börsenkurse vom 11. 8. 1927

(11 Uhr vorm. unverbindlich)

Warschau . . .	1 Dollar	amtlich	=	8 95 zł
		frei	=	8.96 zł
Berlin	100 zł		=	46.88 Rmk.
Kattowitz . . .	100 Rmk.		=	213.30 zł
	1 Dollar		=	8.95 zł
	100 zł		=	46.88 Rmk.

Zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Am 5. d. Mts. hatten sich die jungen Burschen Scheidenhauer, Schwirsz, Piotrowski und Bulla vor dem Kattowitzer Gericht wegen Diebstahl zu verantworten. Dieselben hatten am 13. Mai d. Js. auf dem hiesigen Bahnhof die Plombe von einem Waggon entfernt und aus demselben 5 Stücke Zink im Gewicht von ½ Zentner gestohlen. Ein diensttuender Eisenbahner verfolgte die jungen Spitzbuben, und es gelang ihm, einen derselben zu erwischen. Auf dem Kommissariat war er geständig und gab auch zu, samt den anderen Komplizen den Schokoladendiebstahl im Geschäft der Pauline Adam ausgeführt zu haben. Für diese beiden Diebstähle wurde ein jeder zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Parteiversammlung. Die am Mittwoch, den 10. August, abends 7½ Uhr, einberufene Mitgliederversammlung der D. S. A. P. und Arbeiterwohlfahrt eröffnete der Vorsitzende um 8½ Uhr; während der Ansprache gedachte er der in Wien von schurkischen Händen hingemordeten Genossen. Zur Ehrung der für die Idee Gefallenen erhoben sich alle Anwesenden von ihren Plätzen. Nach einspruchsloser Protokollverlesung erteilte der Vorsitzende dem Genossen Hanisch das Wort. Genosse Hanisch referierte in erster Linie über ein Thema, welches wir „Nie wieder Krieg“ bezeichnen können, ging dann über zur innenpolitischen Lage und schloß dasselbe mit einer Analyse unserer Wirtschaft, wie auch dem Arbeiterleben gegenüber den der anderen Staaten. Nach einer einseitigen Diskussion mehrerer Mitglieder über das vom Genossen Hanisch gehaltene Referat wurde zum letzten Punkt der Tagesordnung geschritten und zwar: Anträge und Verschiedenes. Einige unter diesem Punkt zu behandelnde Angelegenheiten wurden, des mäßigen Besuches wegen, auf die nächste Versammlung vertagt. Kurz vor 11 Uhr schloß Genosse Ossadnik die Versammlung.

Myslowitz

Die Kirchensteuer. Myslowitz hat einen neuen Pfarrer bekommen. Wir merken das bereits an unserem Beutel. Nicht genug, daß für den Empfang des neuen Pfarrers vom Magistrat 1600 Zloty aus dem Steuersäckel und kurz darnach weitere 2000 Zloty für die Kirchenrenovierung bewilligt wurden, geht man jetzt daran, die Taschen der einzelnen Bürger für kirchliche Zwecke zu leeren. Der Myslowitzer Magistrat versendet gegenwärtig an alle Bürger Steuerzettel und verlangt von ihnen Kirchensteuer. Die Bürger zahlen wahrscheinlich zu wenig Steuern, weshalb noch neue Steuern erfunden und vorgeschrieben werden. Der neue Pfarrer braucht Geld und der neue Bürgermeisterstellvertreter Kudera hat für die Wünsche der Kirche ein sehr williges Ohr, insbesondere, wenn das nicht aus seiner Privattasche geht. Bezeichnend ist dabei, daß die Kirchensteuer nicht nur von den Arbeitslosen, die von der Arbeitslosenunterstützung leben müssen, aber auch von solchen, die ohne jede Unterstützung mittellos dastehen, verlangt wird. Ein Armer, der durch den Magistrat zwei Tage in der Woche für 8 Zloty wöchentlich beschäftigt wird, erhielt ebenfalls die Kirchensteuern vorgeschrieben. In einem anderen Falle wurde die Kirchensteuer einem Armenunterstützungsempfänger in der Höhe von 8 Zloty vorgeschrieben. Selbst einem Arbeitslosen, der schon längst aus der Kirche ausgetreten ist, wurde die Kirchensteuer in der Höhe von 2 Zloty vorgeschrieben. Unseres Wissens geht der Eifer des Myslowitzer Magistrats doch etwas zu weit.

Janow. (Von den Gieschegruben.) Die Verwaltung der Grubenanlage Richthofenschacht hatte in letzter Zeit für die Tagearbeiter die Förderung auf nur eine Parte eingeführt. Seit dieser Zeit wurden von der Verwaltung alle Mittel angewandt, um die Tagearbeiter zu Ueberstunden zu zwingen. In beschränkter Form ist dies etwas gelungen, leider aber nicht in dem Maßstabe, wie es sich die Verwaltung gewünscht hatte. Nachdem jetzt aber über 40 Arbeiter für den Tagebetrieb angenommen wurden, soll im Laufe dieser Woche wieder die Förderung für Uebertage auf zwei Parten eingeführt werden. Für 8 Arbeiter, welche seit dem Jahre 1885 und 1890 ununterbrochen auf den Gieschegruben beschäftigt waren, wurden in den letzten Tagen Prämien von 100 Zloty ausgezahlt.

Schwientochlowitz u. Umgebung

Kamien. (Bergmannslos.) Durch Entkoppelung zweier Förderwagen, die beladen waren, sind die Bergleute Franz Gawlitzek und Josef Komienca auf der Andalusiengrube dermaßen zusammengepreßt worden, daß der Tod sofort eintrat. Die bedauernswerten Opfer sind verheiratet und hinterlassen eine zahlreiche Familie.

Pleß und Umgebung

Brände. In der Scheune des Josef Szrubas in der Ortschaft Sasdrose brach ein Brand aus, so daß die Scheune sowie Getreidevorräte und zwei landwirtschaftliche Maschinen vernichtet wurden. Der Brandschaden soll 4000 Zloty betragen. Das Feuer soll dem Anschein nach durch Fahrlässigkeit entstanden sein, und zwar nimmt man an, daß irgend eine Person, welche den an der Scheune zum Bahnhof vorbeiführenden Weg brauchte, ein glimmendes Streichholz achtlos fortgeworfen und auf diese Weise das Feuer verursacht hat. — Ein weiterer Brand war in der Ortschaft Gostin zu verzeichnen. Dortselbst brannte das Dach der gemauerten, dem Besitzer Roy gehörenden Scheune und ein größerer Getreidevorrat ab. Der Schaden beträgt 1800 Zloty. Das Feuer soll durch Funkenauswurf aus einer weiter gelegenen Bäckerei hervorgerufen worden sein.

Der Justizmord von 1887

Amerikanische Klassenjustiz vor 40 Jahren. — Vier Unschuldige hingerichtet.

„Es bedarf keines weiteren Beweises, daß wir des Verbrechens, dessen die Gegner uns zeihen, nicht schuldig sind. Es wird allgemein zugestanden, daß wir deshalb bestraft werden müßten, weil wir „gefährliche Menschen“ seien. Deshalb der Haß des großen Publikums, dessen Opfer wir sind. Wir sind nicht die ersten Opfer des öffentlichen Vorurteils und Hasses, noch werden wir die letzten sein...“

Es sind die letzten Worte von August Spies, einem der Opfer des Justizmordes vom 11. November 1887 in Chicago, die wir an die Spitze stellen. Vier Unschuldige fielen damals einer rasend gewordenen Klassenjustiz dem nach Blut rufenden Massenwahn zum Opfer. Auf Grund eines Prozesses und eines Urteils, das bis in die Einzelheiten hinein eine erschütternde Parallele zu dem Justizmord an Sacco und Vanzetti ist.

Das Urteil von Chicago war ein Racheurteil — Rache für die Tötung von sechs Polizisten bei dem Bombenattentat auf dem Heumarkt in Chicago. Das Jahr 1886 war ein Jahr der stürmischsten Klassenkämpfe in Amerika. Mit ungeheurer Brutalität gingen das Unternehmertum und seine Pinkertons gegen streikende Arbeiter vor. Die Kapitalistenpresse schrieb höhnend: Das beste Mittel für Erwerbslose sei Blei. Man solle ihnen möglichst viel verabfolgen, der einfachste Plan, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, sei der, den Arbeitslosen und Bettlern Arsenik in das Mittagessen zu streuen. Das bewirke in kürzester Frist den Tod und sei allen Bettlern eine Warnung, sich in respektvoller Entfernung zu halten. Die Polizei knüppelte Streikende auf das rücksichtsloseste nieder. Sie schoß auf Streikende, die Streikposten standen.

Auf diesem Hintergrunde spielte sich das Drama vom Heumarktplatz ab, aus dem sich der Prozeß gegen die acht Opfer des Justizmordes von Chicago entwickelt.

Das Attentat vom Heumarkt.

Die amtliche Darstellung des späteren Gouverneurs John P. Altgeldt von Illionis sagt darüber:

„Am Abend des 4. Mai 1886 wurde auf dem Heumarktplatz in Chicago eine öffentliche Versammlung abgehalten; es waren etwa 800 bis 1000 Leute anwesend, fast lauter Arbeitsleute. Vorher gab es eine Ruhestörung, die aus dem Bemühen der Arbeiter erwuchs, einen Achtstundentag einzuführen, was zu einigen Zusammenstößen mit der Polizei führte. In einem derselben wurden verschiedene Arbeitsleute getötet. Und nun war diese Versammlung einberufen worden als ein Protest gegen angebliche Polizeibrutalitäten.

Die Versammlung war ordnungsgemäß, und der Bürgermeister wohnte ihr bei und verblieb bis zu dem Zeitpunkt, wo die Masse auseinanderzugehen begann; dann ging er selbst auch fort. Sobald als Kapitän Bonfield von der Polizeiabteilung erfuhr, daß der Bürgermeister fortgegangen war, nahm er ein Polizeidetachement und eilte mit diesem zur Versammlung. Dies geschah in der Absicht, die wenigen, die noch zurückgeblieben waren, zu zerstreuen. Beim Herannahen der Polizei zum Versammlungsplatz wurde von einer unbekannten Person eine Bombe geschleudert, die explodierte, viele verwundete und einige Polizisten tötete. Nach geraumer Zeit wurden des Mordes angeklagt: August Spies, Albert Parsens, Louis Lingg, Michael Schwab, Samuel Fielden, Georg Engel, Adolf Fischer und Oskar Neebe. Die Staatsanwaltschaft konnte nicht entdecken, wer die Bombe geworfen hatte, und der wirklich schuldige Mann konnte der Gerechtigkeit nicht überantwortet werden. Deshalb, und da einige der Angeklagten überhaupt nicht in der Heumarktversammlung gewesen waren und nichts mit dieser zu tun hatten, war die Staatsanwaltschaft gezwungen, von der Theorie auszugehen, daß die angeklagten Männer deshalb des Mordes schuldig wären, weil behauptet wird, daß sie zu verschiedenen Zeiten in der Vergangenheit eine aufrührerische Sprache in Wort und Schrift geführt hatten, in der praktisch das Töten von Polizisten, Pinkertonspionen und anderen, die in solcher Eigenschaft handelten, empfohlen worden wäre, und daß sie deshalb verantwortlich seien für den Mord.

Die Oeffentlichkeit war zu jener Zeit sehr aufgeregt. Nach einem lang hinausgezogenen Prozeß wurden alle Beschuldigten für schuldig befunden. Oskar Neebe wurde zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt, die anderen Angeklagten zum Tode durch den Strang. Der Fall wurde bis zum Obersten Gerichtshof getragen, das Urteil von diesem im Herbst 1887 bestätigt. Bald darauf verübte Lingg Selbstmord. Das Urteil über Fielden und Schwab wurde in lebenslängliches Gefängnis verwandelt. Parsons, Fischer, Engel und Tietz wurden gehenkt.“

Der Prozeß.

Am 15. Juni 1886 begann der Prozeß. Richter Gary und Staatsanwalt Grinnell waren von vornherein entschlossen, die Angeklagten zum Tode zu verurteilen. Sie wollten nicht rechtsprechen, sondern einen Akt des Klassenkampfes üben. Drohend rief Staatsanwalt Grinnell vor dem Gerichtshof aus: „Die Arbeiter sollen wie Ratten in ihre Höhlen zurückgejagt werden.“ Das war der Sinn des Prozesses. Gouverneur Altgeldt hat späterhin gesagt: die Oeffentlichkeit wäre zur Zeit des Prozesses sehr aufgeregt gewesen. Es war eine systematische Hetze. Systematisch war eine Panikstimmung, eine Stimmung maßloser Wut gegen die Angeklagten wie gegen die Arbeiterbewegung entfesselt worden. Eine Panikstimmung, wie sie zur Zeit des Prozesses gegen Sacco und Vanzetti in Amerika wieder geherrscht hat.

Staatsanwalt Grinnell rief die politische Leidenschaft gegen die Angeklagten wach: „Sie sind Ausländer, keine Bürger!“ Genau so wie im Prozeß gegen Sacco und Vanzetti der Staatsanwalt die Geschworenen aufrief zu „politischer Leidenschaft und patriotischem Empfinden“, so appellierte Grinnell an den Patriotismus der Jury.

Die Geschworenen waren nicht auf gesetzlichem Wege ausgewählt, sondern sorgfältig von Richter und Staatsanwalt ausgesucht worden. Der Gehilfe des Richters rühmte sich, daß er die Geschworenen so ausgewählt hatte, daß „diese Kerle so sicher hängen würden, als der Tod ist“.

Im Prozeß Sacco und Vanzetti hat der Obmann der Geschworenen gegenüber Zweifeln an der Schuld der Angeklagten zynisch ausgerufen: „Hol sie der Teufel, sie müssen auf jeden Fall hängen....“

Die Folge dieses Gerichtsverfahrens war das Schreckensurteil, das sieben der Angeklagten zum Tode verdammte, einen zu fünfzehn Jahren Gefängnis. Warum wurden die Angeklagten verurteilt? Richter Gary selbst hat das Urteil mit folgenden Sätzen begründet:

„Die Verurteilung erfolgte nicht auf Grund irgendeiner wirklichen oder persönlichen Teilnahme an dem besonderen Verbrechen, das den Tod der Polizisten verursachte, sondern die Verurteilung ging von dem Grundsatz aus, daß die Angeklagten im allgemeinen durch Wort und Schrift breite Klassen des Volkes, nicht bestimmte Individuen, dazu aneiferte, Mord zu verüben, und daß sie die Ausführung, Zeit, Ort und das Wann dem individuellen Willen, der Laune und Kaprice, oder was immer es sonst sein mochte, eines jeden individuellen Menschen überließen, der ihrem Ratschlag Gehör schenkte und daß infolge dieses aneifernden Ratschlages und beeinflußt durch diesen Ratschlag irgend jemand, der nicht bekannt ist, die Bombe warf. Nun, wenn dieses nicht ein korrektes Gesetzesprinzip ist, dann sind die Angeklagten natürlich zu einem neuen Prozeß berechtigt. Dieser Fall ist aber ohne Rechtsbeispiel, noch nicht dagewesen; es gibt kein Beispiel eines Falles dieser Art in dem Gesetzbuch.“

Der Kampf ums Recht.

Nach diesem Tendenzurteil begann der Kampf der Verurteilten ums Recht. Ein Kampf, der in vielem dem Kampf von Sacco und Vanzetti ums Recht ähnelt. Die Verteidigung tat alles, um einen neuen Prozeß herbeizuführen.

Die nächste Instanz war das Obergericht von Illinois. Es wies die Appellation zurück und entschied gegen die Angeklagten mit folgender Begründung:

„Die Verurteilung wird aufrechterhalten, weil in den Akten sich Beweise finden, welche die Geschworenen berechtigten, zu glauben, daß die Angeklagten das auf dem Heumarkt begangene Verbrechen anrieten, dazu ermunterten, halfen, ihm Vorschub leisteten, als sie sich in der Absicht verbanden oder beschworen, das Verbrechen zu begehen und sich auf einen gemeinsamen Platz zu seiner Begehung einigten.“

Eine Begründung, die behauptete, was nicht einmal Richter Gary in seiner Begründung als bewiesen behauptet hatte! Gegen diesen Beschluß des Obergerichts erhob sich in allen Juristenkreisen ein Sturm der Entrüstung. Die Anwälte von Chicago sprachen offen aus, daß der Fall nicht durch Rechtsspruch, sondern durch die öffentliche Meinung entschieden worden sei.

Die nächste Instanz war das Bundesgericht in Washington. Es verschanzt sich hinter formalen Gründen und erklärte sich für unzuständig, so wie sich Präsident Coolidge im Falle Sacco und Vanzetti hinter seine Unzuständigkeit verschanzt.

Die Entscheidung über Leben und Tod der Verurteilten war danach in die Hand des höchsten Beamten der Staatsregierung, des Gouverneurs Oglesby von Illinois, gelegt. Er wurde bestürmt, den Verurteilten das Leben zu retten. Nicht nur die Verteidigung, sondern, alles was mit den Angeklagten sympathisierte, wandte sich vom 6. bis 9. November 1887 an diesen Mann, um ihn zu bewegen, die Verurteilten zu begnadigen. Von den zahlreichen Verwandten der Verurteilten, von den Vertretern der Arbeiterschaft der Union, von Männern aus allen Gesellschaftsklassen trafen Gnadengesuche ein. Petitionen mit Hunderttausenden von Unterschriften erbaten das Leben der Verurteilten. Ein Geschworener, der selbst das Todesurteil hatte fällen helfen, kam um die Begnadigung ein. Verschiedene Mitglieder der gesetzgebenden Versammlung von Illinois verwandten sich bei Oglesby für die Angeklagten. Die Vertreter der Arbeiterschaft und der freiheitlichen Parteien von Frankreich, England und Deutschland riefen nach Gerechtigkeit und Gnade.

Gouverneur Oglesby blieb hart, starr und unerbittlich. So unerbittlich wie heute der Gouverneur Fuller von Massachusetts.

Bombenhetze der Lockspitzel.

Die Sensationspresse im Bunde mit der Polizei erzeugte eine Panikstimmung, die der allgemeinen Bewegung für die Begnadigung der Verurteilten entgegenwirken sollte. Gerüchte von Bombenfunden, die bei näherer Untersuchung sich in blauen Dunst auflösten, durchschwirrten die Luft. Die Bürger von Chicago bewaffneten sich, jeder erwartete angstzitternd einen allgemeinen anarchistischen Aufstand. Mit den widerwärtigsten Mitteln der polizeilichen Lockspitzelei ist diese Panik- und Mordstimmung künstlich erzeugt worden. Der Polizeipräsident Ebersold von Chicago hat darüber in der von Gouverneur Altgeldt angeordneten neuen Untersuchung folgendes ausgesagt:

„Es war meine Bemühung, nach dem 4. Mai alles sobald als möglich zu beruhigen. Andererseits war mein Kollege, der Kapitän Schaak, bemüht, die Dinge in Unruhe zu erhalten.

Er wollte durchaus, daß hier, dort, immer und überall Bomben gefunden werden sollten.

Ich war der Meinung, daß die Leute sich ruhiger zu Bett legen und schlafen würden, wenn sie nicht in jeder Minute befürchten müßten, daß ihre Heimstätten in Stücke zerrissen würden. Aber dieser Mann Schaak wollte kein beruhigendes Vorgehen. Und nun muß ich etwas sagen, was der Oeffentlichkeit unbekannt ist. Nachdem wir die anarchistischen Gruppen gesprengt hatten,

wollte Schak sofort wieder Leute aussenden, die sie neu organisieren sollten.

Sie begreifen, wozu dies alles führen sollte. Er wollte die Sache in Siedehitze erhalten, sich auszeichnen und hervortun vor der Oeffentlichkeit.“

Der Justizmord.

Die Hetze tat ihre Wirkung. Gouverneur Oglesby blieb hart. Die Hinrichtung wurde für den 11. November 1887 angeordnet. Am 11. November 1887 glich Chicago einem Heerlager. Tausende von Polizisten, mit Gewehren bewaffnet, bewachten das Gefängnis, die öffentlichen Gebäude, die Wohnungen des Richters Gary, des Staatsanwalts Grinnell, des Polizeichefs. Die Miliz stand unter den Waffen. Reguläres Militär war in der Nähe der Stadt zusammengezogen. Vor den Polizisten aber, vor dem Gefängnis stand eine ungeheure Menschenmasse in feierlichem Schweigen demonstrierend. Am 11. November 1887 um 12 Uhr mittags war der Justizmord vollendet.

Im Jahre 1893 ordnete John P. Altgeldt, damals Gouverneur des Staates von Illinois, eine neue Untersuchung an. Er stellte als Ergebnis der Untersuchung öffentlich fest, daß Unschuldige hingerichtet worden waren. Er konnte nur noch die drei im Gefängnis Dahinsterbenden begnadigen. Er tat es mit folgender Verfügung:

„Ich bin davon überzeugt, daß es auf Grund all der angeführten Tatsachen und Beweise meine klarste Pflicht ist, ein Unrecht zu sühnen, einzugreifen, zu handeln. Darum erteile ich hiermit, an diesem 26. Tag des Juni 1893, eine absolute Begnadigung an Samuel Fielden, Oskar Neebe und Michael Schwab.“

Die besiegte Wüste

Meer und Wüste stellte dem Menschen große Hindernisse in den Weg, die er unter Aufwand von Scharfsinn und Kraft, von Kühnheit und Wagemut zu überwinden vermochte. Das Meer ist durch die stets verbesserte Technik seit langem aus einem Hindernis zu einem die Völker verbindenden Gliede geworden. Der moderne Ozeandampfer ist zu einem schwimmenden Hotel gestaltet, das durch ungeheure Maschinen durch die Wogen der Weltmeere getrieben wird und trotz Sturm und Unwetter mit fast automatischer Regelmäßigkeit seine Fahrten vollendet. Zur gleichen Zeit, als noch die primitiven, von Wind und Muskelkraft getriebenen Galeeren das große Binnenmeer des Altertums, das Mittelmeer, durchfurchten, besiegten die Menschen bereits mit einfachen Mitteln die Schrecken der Wüste. Aber jeder Sieg wurde in heftigstem Kampfe mit den Naturgewalten erfochten, und der Ausgang des Kampfes war durchaus nicht immer von vornherein zu beurteilen. Mit schwer beladenen Kamelen zogen die Handel treibenden Völker in die Unendlichkeit des Wüstenlandes hinaus. Schritt um Schritt ging es vorwärts. Wüstensturm, Raubtiere, Räuber, hinderten die Reisenden, und jeder Aufenthalt bedeutete eine unnütze Verminderung der Nahrungsmittel. Jede übermäßig lange Verzögerung brachte den Verlust der kostbaren, in den Städten am Rande der Wüste doppelt kostbaren Waren oder gar den Untergang der ganzen Karawane. Die Durchquerung der Wüste blieb, so oft sie auch dem Einzelnen gelingen mochte, doch immer ein Wagnis, ein Spiel mit dem Leben. So ist es geblieben bis zum heutigen Tage. Auch die verschiedenen Automobilexpeditionen änderten an diesem, im Grund beschämenden Zustande gar nichts.

Erst jetzt soll durch die Arbeiten eines deutschen Ingenieurs eine Aenderung eintreten. Der Kieler T. C. Bischoff hat ein neues Fahrzeug konstruiert, das ein auf Räder gesetztes Dieselmotorschiff ist. Bei dieser Konstruktion ist den Besonderheiten des unebenen Wüstengeländes in weitestem Umfange Rechnung getragen worden. Als wirtschaftliches Moment führt der Konstrukteur an, daß das Bahnnetz Afrikas im Verhältnis zur Größe des Erdteils außerordentlich dünn ist. Wollte man auch nur die Dichte des russischen Eisenbahnnetzes in Mittelasien erreichen, so müßte dazu eine Summe von nicht weniger als 35 Milliarden Goldmark aufgewendet werden. Dabei aber bleibt es mehr als zweifelhaft, in welchem Zeitraum diese ungeheure Summe verzinst und abgetragen werden könnte. Welcher vorsichtige Geschäftsmann würde daher bereit sein, in ein so unsicheres Unternehmen sein Geld hineinzustecken! Das Flugzeug in seiner heutigen Form könnte wohl die Wüsten überfliegen. Aber jeder Unfall kann hier von vornherein verhängnisvolle Folgen haben. Außerdem aber — und das ist wirtschaftlich das Wichtigste — kommt das Flugzeug als Massenverkehrsmittel und vor allem für den Transport von Gütern in größerer Menge nicht in Frage.

Hier soll nun das Wüstenschiff mit Erfolg in die Bresche springen. Bischoff hat Pläne für ein Schiff von erheblichen Ausmaßen fertiggestellt. Er wurde dabei von hervorragenden Spezialisten unterstützt. Sein Passagierschiff soll nicht weniger als 250 Personen und 200 Tonnen Güter befördern. Das Fahrzeug, das im Innern genau so wie ein modernes Ozeanschiff mit Laderäumen, Kabinen, Speisesälen usw. ausgestattet wird, soll eine Länge von 60 Metern, eine größte Breite von 17 Metern haben, und die Deckaufbauten werden, vom Boden aus gemessen, 19 Meter hoch sein. Es handelt sich also um ein Riesenlandfahrzeug, wie es in dieser Größe bisher noch nirgends zu finden ist. Das ganze Gebäude ruht auf vier Rädern, die den ungeheuren Durchmesser von 15 Metern besitzen. Das Merkmal dieser Räder ist ihre große Radbreite. Wenn das Fahrzeug im Wüstenland vorwärtskommen soll, dann darf der Bodendruck einen gewissen Betrag nicht überschreiten. Schon bei den schweren Geschützen, die man im Weltkriege verwandte, machte man um die Räder breite, raupenbandartige Konstruktionen, durch die das Einsinken der schweren Last beim Transport und später in Stellung vermieden werden sollte. Auch die berüchtigten Tanks, aus denen sich die jetzt vielfach in der Landwirtschaft verwendeten Raupenschlepper entwickelt haben, hatten ähnliche, das Einsinken im weichen Boden verhindernde Flächen. Die Räder des Wüstenschiffes sollen eine Breite von 2½ Metern erhalten. Das belastete Fahrzeug wird ein Gewicht von etwa 800 000 Kilogramm bei einem Eisengewicht von 430 000 Kilogramm haben. Der mitzuführende Wasser- und Oelvorrat soll das erhebliche Gewicht von 170 000 Kilogramm erreichen. Die Räder sind natürlich nicht starr mit dem eigentlichen Schiffskörper verbunden. Es soll eine schon in früheren Zeiten bei Eisenbahnwagen im Prinzip vorgeschlagene hydraulische Federung vorgesehen, das Schiff selbst in eine Wiege gelagert werden, so daß es stets im Gleichgewicht bleibt, auch wenn die normale Lage der Räder durch erhebliche Bodenhindernisse beeinflußt wird. Auch die Steuerung soll hydraulich betätigt werden. Die Vorderräder sollen zu diesem Zwecke um 15 Grad verdreht werden können. Als Kraftquelle dienen zwei Dieselmotoren, die je 420 PS. leisten und dem Riesenfahrzeug eine Geschwindigkeit von 20 Kilometern verleihen. Sie treiben außerdem Dynamomaschinen und erzeugen dadurch auch den Strom für die Beleuchtungsanlage und für den Betrieb der Hilfsmaschinen. Der Antrieb gestattet Vor- und Rückwärtsfahrt. Daß eine Funksende- und Empfangsanlage vorgesehen ist, dürfte als selbstverständlich empfunden werden.

Neben diesen Passagierfahrzeugen sollen auch reine Transportschiffe, ferner Wüstenschiffe für die militärische Macht, vor allem für die Wüstenpolizei gebaut werden. Mit Recht weist Diplomingenieur Bischoff auf die große Bedeutung seines Fahrzeuges für die Erforschung der Wüsten und Steppen hin. Die Gefahren für die Forscher werden durch die Verwendung dieses Hilfsmittels bedeutend vermindert. Die wissenschaftliche Ausrüstung kann nach jeder Richtung hin umfangreich und vollständig gestaltet werden. Vor allem ist sie viel mehr geschützt als bei dem bisherigen Transport auf dem Rücken von Lasttieren. Das neue Fahrzeug käme also für die Verwendung in den afrikanischen, asiatischen und amerikanischen Wüsten in Frage. Es würde mit einem Schlage die ganze Welt der Technik des Menschen unterwerfen. Erdschätze, die bisher aus Mangel an Verkehrswegen brach liegen, können nunmehr der Weltwirtschaft nutzbar gemacht werden; kurz, es bieten sich wieder einmal früher ungeahnte Möglichkeiten. Der nimmer rastende Techniker stellt immer neue Probleme und findet auch die geeignete Lösung.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Josef Helmrich, wohnhaft in Król. Huta; für den Inseratenteil: Anton Rzytki, wohnhaft in Katowice. Verlag: „Freie Presse“ Sp. z ogr. odp., Katowice; Druck: „Vita“, nakład drukarski, Sp. z ogr. odp., Katowice, Kościuszki 29.

Mann unterm Bett

Sieben Anekdoten von Heinrich.

1.

Als Tante Amalie noch ein Kind war, hatte die Mutter ihr oft eingeschärft, doch ja jeden Abend vor dem Schlafengehen unters Bett zu schauen, ob etwa ein Mann, ein Spitzbube darunter stäke. Amalie befolgte diesen Rat. Als Kind, als Backfisch, als Fräulein, als älteres Fräulein, als alte Jungfer, jeden Abend sah sie getreulich unterm Bett nach, ob etwa ein Spitzbube sich eingeschlichen hätte. Stets vergeblich. Da, Tante Amalie hatte inzwischen die 50 überschritten, gewahrte sie eines Abends einen Mann unter ihrer Lagerstatt. Ihr begannen zuerst die Knie zu zittern, dann nach einer kleinen Pause: „Na, sind Sie endlich da?!"

2.

„Denken Sie sich", sagte Frau Petersen zu ihrer Nachbarin, „letzte Nacht erwache ich von einem verdächtigen Geräusch. Ich machte Licht, und was gewahre ich unterm Bett? Einen Mann, der sich mäuschenstill verhält!"

„Ach, wie entsetzlich!", sagte die erbleichende Nachbarin, „was haben Sie getan, um den Einbrecher unschädlich zu machen?"

„Nichts", sagte Frau Petersen, „es war gar kein Einbrecher, es war mein Mann, der hatte das verdächtige Geräusch auch gehört, aber früher als ich."

3.

Richter, zur Zeugin: „Warum haben Sie denn nicht gleich die Polizei gerufen, als Sie abends den Dieb unterm Bett gewahrten?"

Zeugin: „Ich dachte, es wäre noch mein Mann, mit dem ich mich nachmittags erzürnt hatte."

4.

Der kleine Paul kriecht unterm Bett herum.

Die Mutter fragt: „Was machst du denn da?"

Paulchen: „Ich suche deine Pantoffel."

Die Mutter: „Weshalb denn?"

Paulchen: „Frau Schnullemann sagte gestern zu Frau Kühleborn, Vater stände bei dir unterm Pantoffel, und da wollte ich mal nachsehen."

5.

„Hör, Fritz, die entsetzliche Geschichte, die mir gestern abend passiert ist. Ich greife unter mein Bett, um den Stiefelknecht hervorzuholen, finde ihn nicht, fasse weiter nach hinten und was meinst du, was ich hervorziehe — eine blutige Menschenhand!"

„Um Gotteswillen, das ist ja schauerlich! Da hast du doch sofort die Polizei kommen lassen?"

„Nein, ich habe einfach ein Pflaster darauf gelegt, denn es war meine eigene Hand, die ich mir beim Tasten nach dem Stiefelknecht blutig gerissen hatte."

6.

Ein Professor kommt während eines Gewitters nach Hause und entdeckt unter seinem Bett einen Spitzbuben. „Solch ein großer kräftiger Mensch fürchtet sich vor dem Gewitter", sagt er zu ihm, „schämen Sie sich, junger Mann!"

7.

Professor X., der berühmte Mediziner, hatte einen neuen Assistenzarzt bekommen. Er fuhr mit ihm in die Stadt auf Krankenvisite.

Zunächst besuchten sie die gefeierte Sängerin X., die soeben telephonisch ihre Hilfe erbeten hatte. Nachdem er sich in dem eine geniale Unordnung zeigenden Zimmer der Künstlerin kurz umgesehen hatte, entschied Professor X., ohne weiteres: „Magen durch Süßigkeiten völlig verkorkst." Die Kranke gab das zu.

Draußen fragte der Assistenzarzt bewundernd: „Herr Professor, wie machen Sie das, das Sie sofort die Diagnose stellen können, ohne irgendwelche Frage zu tun?" „Mein lieber junger Freund", lautete die Gegenfrage, „sahen Sie denn nicht die vielen Konfitürenschachteln unterm Bett?"

Sodann machten die beiden Aerzte Besuch bei der reichen Frau Z., die an einem Halsübel litt. Hier sollte der Assistenzarzt die Diagnose stellen, denn sein Chef wollte wissen, wie es um sein Können bestellt sei. „Ein leichter Bronchialkatarrh, hervorgerufen durch Zug im Auto", konstatierte der junge Arzt mit überraschender Sicherheit. Frau Z. gab die Möglichkeit zu. „Bravo, Kollege", sagte draußen der Professor, aber wie kamen Sie so schnell auf die Ursache?" „Herr Professor, lautete die Gegenfrage, „sahen Sie denn nicht den Chauffeur unterm Bett?"

Deutsch-Oberschlesien

Deutscher Rundfunk.

Gleiwitz Welle 250 Breslau Welle 322,6.

Allgemeine Tageseinteilung:

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12,15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Freitag, den 12. August 1927. 16,30—18: Unterhaltungskonzert der Funkkapelle. — 18: Stunde und Wochenschau des Schlesischen Hausfrauenbundes Breslau. — 18,50—19,20: Uebertrigung aus Gleiwitz: Chefredakteur Heinrich Koitz: „Zeitlupenbilder aus Oberschlesien". — 19,20—20,35: Reiserundfunk. — 19,35—20,05: Stunde der Deutschen Reichspost. — 20,15: „Nju". 22,15: Zehn Minuten Esperanto.

Mitteilungen
des Bundes für Arbeiterbildung

Alle Genossen, welche gewillt sind, sich im Winter 27/28 dem Bund für Arbeiterbildung zur Verfügung zu stellen, werden hierdurch nochmals gebeten, die Auswahl ihrer Themen bis zum 15. d. Mts. an die Adresse von Gen. Dr. Bloch, Katowice, Marjacka 7, zu senden.

Versammlungskalender

Achtung, Arbeitersänger!

Der Gau OS. beteiligt sich am Bergfest der „Naturfreunde" auf der Blatnia am 14. und 15. d. Mts. Gesungen werden nur Massen-Chöre. Leitung: Herr Studienrat Birkner. Um zahlreiche Beteiligung wird ersucht. Quartier in der Baude muß beim Vorstand angemeldet werden, sonst Massenquartier. Abfahrtszeiten wie folgt: Sonnabend, den 13. August, 16.00 und 18.35 ab Kattowitz bis Bielitz und Jaworze. — Sonntag: 4.31 ab Krol. Huta, und 4.55 und 6.35 ab Kattowitz. Sonntagskarten lösen. Preis Kattowitz—Bielitz 5.00 Zloty.

Domb-Josefsdorf. Montag, den 15. d. Mts., findet in Domb bei Thomas Kosch (Dreizehn Linden), nachmittags 3 Uhr, unsere Parteiversammlung der D. S. A. P. statt. Referent: Sejmabgeordneter Kowoll. Zahlreiche Beteiligung sehr erwünscht. Gäste willkommen.

Nickischschacht-Gieschewald. (D. S. A. P. und Bergarbeiter.) Am Montag, den 15. August, (Mariä [illegible]mmelfahrt), vormittags 9½ Uhr, findet bei Herrn Kuosalla, Nickischschacht, eine Mitgliederversammlung der D. S. A. P. und des Bergarbeiterverbandes statt. Referent: Sejmabgeordneter Genosse Kowoll.

Königshütte. (Ortsausschuß.) Am Sonnabend, den 13. August, abends 7½ Uhr. findet eine Ortsausschuß-Sitzung statt. Sämtliche Delegierten werden gebeten, pünktlich zu erscheinen. Tagesordnung wird in der Sitzung bekanntgegeben.

Königshütte. (Arbeiter-Gesangverein „Vorwärts".) Am Freitag, den 12. August, findet im Vereinszimmer um 7½ Uhr abends eine außerordentliche Generalversammlung statt. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist eines jeden Mitgliedes Pflicht, zu derselben zu erscheinen.

Vermischte Nachrichten

Erdbeben-Statistik.

Erdbeben werden in diesem Katastrophenjahr besonders zahlreich gemeldet. Dabei sei daran erinnert, daß die 325 Erdbebenwarten, die sich über den Erdball verteilen, in jedem Jahr durchschnittlich 30 000 Beben verzeichnen; von diesem sind aber nur etwa 30 zerstörend, und zwar in den verschiedensten Graden von denen, die nur Risse in den Wänden hervorrufen, bis zu denen, die ganze Städte begraben. Man hat vom 5. Jahrhundert bis zum Jahr 1898, 222 schwere Erdbeben gezählt; von 1600 bis 1900 betrug die Zahl 108, also etwa eins alle drei Jahre. Unter den furchtbarsten Erdbebenkatastrophen, von denen wir wissen, sei die des Jahres 526 n. Chr. erwähnt, die das Küstengebiet des Mittelmeeres heimsuchte und 200 000 Menschen den Tod brachte. Im Jahre 1820 gingen 200 000 Menschen bei einem Erdbeben in China zugrunde; im Jahre 1893 fielen 155 000 Menschen Erdbeben in Indien zum Opfer. Die Stadt San Francisko wurde zweimal fast völlig zerstört, 1868 und 1906, die Stadt Lima innerhalb von 400 Jahren zehnmal. Das Erdbeben von Messina 1908 kostete etwa 100 000 Menschen das Leben. In Japan hat man in der Zeit von 1902 bis 1907 jährlich durchschnittlich 1600 Beben verzeichnet. Im Jahre 1703 wuchs die Zahl der Opfer durch Erdbeben in Japan auf 200 000, 1854 betrug sie über 100 000. Im allgemeinen zeigt die Statistik, daß das Wort des Plinius zu Recht besteht: „Da, wo die Erde gebebt hat, wird sie wieder beben."

Noch immer vier Millionen Sklaven.

Sollte man es für möglich halten, daß in dieser Zeit des Fortschrittes und der Humanität über vier Millionen Menschen das erbärmlichste Dasein von Sklaven fristen müssen? In vielen Teilen Afrikas, vor allem an der Berberküste, in Südmarokko, in Tripolis und einigen an die Sahara grenzenden Gebieten blüht die Sklaverei noch heute. Jeden Tag werden dort auf öffentlichen Auktionen Frauen und Kinder verkauft; die Kunden sind meistens die Herrscher der kleinen, halbzivilisierten Staaten. Viele von diesen Potentaten, die seinerzeit sogar den Beistand des Völkerbundes für ihre „Interessen" angerufen haben, wollen ihre Harems nicht auflösen und kaufen sich lebendige Ware auf den afrikanischen Sklavenmärkten. Diese Unglücklichen werden im Kleinkrieg gefangen. Es geschieht nicht selten, daß eine Horde von Sklavenjägern über ein abgelegenes Dorf herfällt, die Männer kurzerhand niederknallt und Frauen und Kinder mit sich fortschleppt. Die meisten Sklavinnen haben eine dunkle Hautfarbe; trotzdem sieht man manche, die so weiß sind, daß man sie für europäische Frauen halten könnte. Für weißhäutige Frauen werden die höchsten Preise gezahlt. Auf den Sklavenmärkten spielen sich die widerwärtigsten Szenen ab. Die Frauen werden schlimmer als Vieh behandelt. Wie Tiere werden sie von den Käufern untersucht. Da man unter den zum Kauf angebotenen Frauen selten wirklich schöne Frauen findet, so werden für nach afrikanischem Begriff gutaussehende „Exemplare" phantastische Summen bezahlt. Ohne Barmherzigkeit werden Geschwister und Familienangehörige getrennt. Viele Frauen begehen Selbstmord, andere werden wahnsinnig oder sterben vor Kummer. Man kann sich kaum ein schändlicheres Schauspiel vorstellen als einen Sklaventransport von einem Markt zum anderen. Mit Peitschen werden die Unglücklichen vorwärts getrieben; fällt jemand nieder, so bleibt er liegen. Kein Mensch kümmert sich um den, der vor Erschöpfung stirbt. Als besonders ergiebiges Jagdrevier betrachten die Sklavenjäger Arabien. Dort werden allmonatlich Tausende von jungen Mädchen erbeutet. Mancher Sklavenhändler, der sein Geschäft mit nur wenigen Sklaven angefangen hat, wird im Lauf kurzer Zeit Großhändler in seiner Branche. Besonders hübsche Mädchen werden allerdings besser behandelt: sie werden sogar auf Kamelen transportiert. Es ist manchmal nicht leicht, einen Sklavenhändler seiner abscheulichen Taten zu überführen, da er sich vorsieht. Ein beliebter Trick besteht darin, den Transport der Opfer als einen harmlosen Pilgerzug erscheinen zu lassen. Der Völkerbund beschäftigt sich zur Zeit mit der Bekämpfung des Sklavenhandels, und es bleibt nur zu wünschen, daß bald ernsthafte Mittel und Wege ergriffen werden, um diesen Zuständen ein Ende zu machen.

Werbet stets neue Leser für den „Volkswille"!